Erwerbslosen-Ausgabe!

Arbeiter-Zeitung

Preis 10 Pf.

Freitag, 22. März 1929
11. Jahrg. Nummer 68

Erscheint [illegible] Festtage. Bezugspreis: [illegible] Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post [illegible] unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- [illegible] Kundgebungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Anzeigen-Annahme i. d. Haupt-Expedition 6 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Tauentzien Str. 50, Tel. [illegible]. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Tauentzien Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. [illegible]; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2884. Geschäftsstell: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsanstalt m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin, Fil. Breslau, Tauentzien Str. 50.

Hohn-Schiedsspruch für die DG.-Bergarbeiter

Keinerlei Arbeitszeitverkürzung unter Tage — Wählt Kampfleitungen

TU. Gleiwitz, 21. März.

Am Mittwoch fanden in Gleiwitz vor dem von dem Reichsarbeitsminister ernannten Sonderschlichter, Prof. Dr. Brahn, die Verhandlungen über den Manteltarif und die Arbeitszeit im deutsch-oberschlesischen Bergbau statt. Da am Vormittag eine Einigung nicht zustandekam, wurde am Nachmittag eine Schlichterkammer gebildet. Diese fällte in später Abendstunde einen Schiedsspruch, der über den wichtigsten Punkt, die Arbeitszeit, folgendes besagt: „Die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau unter Tage bleibt, wie bisher, acht Stunden, über Tage tritt im allgemeinen eine Verkürzung um eine halbe Stunde ein. Das Abkommen gilt bis zum 1. Oktober 1930. Diese Parteien haben sich bis zum 25. März über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Ein Aufschrei der Empörung wird durch die Reihen der oberschlesischen Bergarbeiter gehen, sobald sie den Inhalt des gefällten Spruches erfahren. Die Bergarbeiter fordern: **die Siebenstundenschicht unter Tage, die Sechsstundenschicht für die Jugendlichen, den Achtstundentag über Tage und 1,50 Mark Lohnzulage** pro Schicht.

Die reformistischen und christlichen Führer beteiligen sich an den Schlichtungsverhandlungen und wirken mit an dem Zustandekommen eines Spruches, der den Bergarbeitern so gut wie nichts bringt.

Nieder mit dem Schlichtungswesen! Die Arbeiterforderungen müssen und können nur im Kampf gegen den Willen der reformistischen und christlichen Führer durchgesetzt werden. Besucht die von der revolutionären Opposition angesetzten Versammlungen! Beruft Belegschaftsversammlungen ein! Wählt Kampfleitungen!

Vom Tage

Marschall Foch ist gestern in Paris gestorben.

Die Verfassungskommission des Sejms hat gestern dem Gesetzentwurf über die neue verschlechterte Wahlordnung zum schlesischen Sejm zugestimmt und in einer Entschließung die baldmöglichste Durchführung der Wahlen zum schlesischen Landtag gefordert.

In der gestrigen Landtagssitzung wurde ein umfangreicher Korruptionsskandal in der Preußischen Porzellan-Manufaktur aufgedeckt, durch den die Staatskasse um zirka 136 000 Mark geschädigt sein soll.

Die bürgerliche Presse veröffentlicht Material, aus dem hervorgeht, daß die Dokumente gegen den verhafteten deutschen Abgeordneten Litz gefälscht sind.

Die Arbeitslosigkeit in Schlesien und Oberschlesien auf dem Höhepunkt

Breslau, 21. März.

Einer TU.-Meldung entnehmen wir: Die Arbeitslosigkeit im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien scheint in der Vorwoche ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich in der Berichtswoche gegenüber der Vorwoche um 1 v. H. vermindert. Sowohl in der Provinz Niederschlesien als auch in der Provinz Oberschlesien ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen, und auch bei der Mehrzahl der einzelnen Arbeitsamtsbezirke ist eine Verminderung in der Zahl der Arbeitsuchenden eingetreten. Eine Zunahme tritt in den Arbeitsamtsbezirken Bunzlau, Görlitz, Lauban, Steinau, Strehlen, Trebnitz, Waldenburg und Neiße in Erscheinung.

Wie in den Vorwochen stellen sich auch in der Berichtswoche die Zahlen der Arbeitsuchenden und der Hauptunterstützungsempfänger erheblich ungünstiger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres dar.

Die bürgerliche Presse frohlockt über die Abnahme der Erwerbslosenziffer um eins vom Hundert (!) und will den Eindruck erwecken, als werde sie nun rapide abwärts gehen. Dieser Hoffnung braucht sich keiner hingeben. Eine geringe Abnahme wird wohl in den nächsten Wochen zu verzeichnen sein, doch die Massenarbeitslosigkeit bleibt. Sie wird erst verschwinden mit dem Sturz des kapitalistischen Systems.

Zörgiebel-Polizei schießt auf Jungarbeiter

Wie aus Meldungen bürgerlicher Blätter hervorgeht, überfiel die Zörgiebel-Polizei kommunistische Jungarbeiter, die nach einer Versammlung in den Pharussälen demonstrieren wollten. Ein Beamter schoß in die Masse der Jungarbeiter blindlings hinein. Ein Jugendgenosse wurde am Oberschenkel schwer verletzt.

Der Landtag zum 5. Mal beschlußunfähig

TU. Berlin, 20. März. Im Preußischen Landtag stellte sich am Mittwochabend bei der Abstimmung zum Geschäftsbericht der Porzellan-Manufaktur abermals die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Es ist dies seit Dienstag der fünfte und in der Mittwochsitzung der dritte Fall, daß durch Nichtbeteiligung der Rechten und der Kommunisten an den Abstimmungen die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeigeführt wurde.

Massenverhaftungen indischer Kommunisten durch englische Polizei

TU. London, 20. März. **Die englische Polizei hat am Mittwoch in den wichtigsten Städten Indiens, vor allen Dingen in Bombay, Kalkutta und Puna, eine Unternehmung gegen die Kommunisten eingeleitet. Hunderte von Polizisten umringten die Häuser, in denen sich bekannte Kommunisten aufhielten, und beschlagnahmten eine große Menge von Propagandaschriften; in Bombay selbst wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich zahlreiche Eingeborenen-Arbeiterführer und ein englischer Staatsangehöriger. In Eingeborenenkreisen hat die Unternehmung beträchtliche Erregung ausgelöst. Im Industrieviertel Bombays ist die Lage sehr gespannt. Britische und indische Truppen durchziehen die Straßen, um Uebergriffe von vornherein zu verhindern. Die Baumwollspinnereien arbeiten unter militärischem Schutz. In Kalkutta wurden 35 Häuser durchsucht und eine große Anzahl von Personen verhaftet.**

Werbe- und Sammeltag des Roten Frontkämpferbundes am 23. und 24. März

Klassengenossen, Kameraden!

Am 19. und 20. Mai werden die roten Bataillone in Hamburg anläßlich des 5. Reichstreffens aufmarschieren und der ganzen kapitalistischen Welt die Geschlossenheit und den Kampfeswillen der Soldaten der proletarischen Armee demonstrieren.

Je mehr der Tag der Heerschau der roten Klassenfront sich nähert, je größer die Anzahl der Delegationen wird, die aus allen Teilen des Reiches und aus dem Ausland ihre Teilnahme ankündigen, um so stärker wird die Hetze der bürgerlichen und der reformistischen Presse gegen den Roten Frontkämpferbund und gegen das Reichstreffen in Hamburg geführt.

Das 5. Reichstreffen wird durchgeführt werden!

Die Mobilisation der Bevölkerung zum 5. Reichstreffen muß mit einer organisatorischen Vorbereitung der Roten Front und mit einer großzügigen Sammlung zur finanziellen Durchführung des gewaltigen Kampfaufmarsches verbunden werden.

Die Bundesführung hat den 23. und 24. März als Werbe- und Sammeltag angesetzt.

Die Forderung der Klassenfeinde des Proletariats nach einem Verbot des RFB., der Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats, muß die Arbeiterschaft mit einem Masseneintritt in den Roten Frontkämpferbund beantworten. Jeder klassenbewußte, mit dem Roten Frontkämpferbund sympathisierende Arbeiter muß sich an der Sammlung des Roten Frontkämpferbundes beteiligen, um die finanzielle Durchführung des Reichstreffens zu unterstützen.

Tragt alle dazu bei, daß das 5. Reichstreffen zu einer Heerschau der revolutionären Front, zu einem gewaltigen Kampfaufmarsch des klassenbewußten Proletariats gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, gegen den Faschismus und Reformismus, gegen alle Feinde der proletarischen Revolution wird.

Die Bundesfuhrung des Roten Frontkämpferbundes.
Thälmann. Leow.

„Reichstagsreform"

Löbe — der kleine Mussolini

Der Hausknecht der reaktionären Reichstagsparteien, Paul Löbe, der in der letzten Zeit wiederholt seine Fähigkeiten im Kampfe gegen die kommunistische Reichstagsfraktion bewiesen hat, ergreift in der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse das Wort. Die Berliner „Morgenpost", anscheinend sein Leib- und Magenorgan, veröffentlicht am Sonntag zuerst seinen Artikel „Reform im Reichstag", der dann auch in der „Volkswacht" erschien. Löbe erklärt darin, daß es so wie bisher mit der Disziplin im Reichstag einfach nicht mehr weitergehe. Er verlangt eine verschärfte Hausknechtsordnung zum Kampfe gegen die unbequeme kommunistische Opposition. Er faßt seine Forderungen unter dem Vorwand größerer Lebendigkeit in den Reichstagssitzungen unter folgendem zusammen:

„Kurze Reden, statt langer Vorlesungen, frische Debatten statt eintöniger Monologe, Abwechslung von Rede und Gegenrede, Antwort auf den Vorredner statt Flucht aus dem Saal, Zulässigkeit ernster Zwischenfragen auf längere Ausführungen, Begründung, Widerlegung, Ueberzeugung des Gegenredners statt träger Ignorierung, Verweisung von Fragen zweiten Ranges in die Ausschüsse statt breiter Behandlung im Plenum." (!)

Löbe weiß, was er seinem Herrn und Meister Severing, und beide, was sie der Trustbourgeoisie schuldig sind. In der Linie der Vorbereitung der außerparlamentarischen faschistischen Diktatur und Severings Bekenntnis zum Artikel 48 sollen die Parlamente noch mehr als bisher zur Kulisse gemacht werden. Unter „Reichstagsreform" versteht Löbe die schärfste Knebelung der Kommunisten. Kurze Reden — damit die kommunistischen Redner noch weniger als bisher Gelegenheit haben, die Schandtaten der Koalitionsregierung und vornehmlich der SPD. von der Reichstagstribüne den breitesten Massen mitzuteilen. Verweisung von Fragen in die Ausschüsse — zu demselben Zweck und um in diesen Dunkelkammern den Betrug an den arbeitenden Massen noch besser als bisher vollziehen zu können. Und wenn das alles nichts nützt, dann zu jeder Zeit den Gummiknüppel zum Hinauswurf der kommunistischen Reichstagsabgeordneten. Das will Löbe. Im Badischen Landtag und am Mittwoch im Sächsischen Landtag hat die reaktionäre Mehrheit gleiche Beschlüsse schon gefaßt. Die Arbeiterschaft versteht den Wink des Herrn Löbe. Sie wird ihm und den sozialdemokratischen Wegbereitern der faschistischen Diktatur durch revolutionäre Kampfmaßnahmen antworten.

Der Grafenmord in Jannowitz

Ein dunkler Fall

TU. Hirschberg, 20. März. In Jannowitz wurde heute nachmittag die Leiche des ermordeten Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode seziert. Ueber den Befund ist zurzeit noch nichts bekannt.

Die Gattin des Ermordeten, Gräfin Erika zu Stolberg-Wernigerode, hat einen Nervenzusammenbruch erlitten. Wie weit der Verdacht, daß außer dem Grafen Christian-Friedrich noch weitere Hausangehörige — genannt wird dabei auch der Name der Gräfin — an dem Mord unmittelbar oder mittelbar beteiligt sein sollen, begründet ist, ist vorläufig noch nicht festgestellt.

Die Kriminalpolizei wird noch einmal eine eingehende Untersuchung vornehmen, um eventuell schriftliche Unterlagen zu finden, die auf einen Streit zwischen Vater und Sohn hindeuten. Auch sollen im Laufe des Mittwochs Schießversuche vorgenommen werden, da der junge Graf behauptet, den Schuß nicht gehört zu haben. Man will feststellen, ob der Schuß in der Toilette zu hören gewesen ist oder nicht. Außerdem soll festgestellt werden, ob Graf Christian, der von den angeblichen Einbrechern keine Beschreibung geben kann, die Einbrecher nicht hätte sehen müssen, da das Licht auf dem Korridor, der das Schlafzimmer des Grafen vom Arbeitszimmer trennt, gebrannt hatte.

Der Notetat, ein Ermächtigungsgesetz zur Ausplünderung der Werktätigen!

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Hilferding

Berlin, 20. März.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung des Reichstages stand die Beratung des Notetats für 1929. Im Ausschuß wurde die Regierungsvorlage dahin geändert, daß für die nächsten drei Monate Ausgaben nicht bis zu einem Viertel, sondern bis zu einem Fünftel der für das Rechnungsjahr 1928 bewilligten Beträge geleistet werden dürfen.

Abg. Freiherr von Richthofen (Dnat.) verlas eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, daß sie gegen den Notetat stimmen werde, weil die Landwirtschaft (gemeint sind die Junker) von der Regierung noch nicht genügend berücksichtigt würde.

Genosse Torgler

sprach für die kommunistische Fraktion. Die Bezeichnung „Notetat" ist zu bescheiden, es handelt sich hier um ein Ermächtigungsgesetz. Vor zwei Jahren war die Ermächtigung auf vier Tage beschränkt, im vorigen Jahre auf sieben Tage; diesmal aber sind es drei Monate. Wer einem solchen Ermächtigungsgesetz zustimmt, muß Vertrauen zur Regierung haben. Es ist interessant, daß auch die Deutschnationalen im Ausschuß für den Notetat stimmten und damit ausdrücklich der Hilferdingschen Regierung ihr Vertrauen aussprachen. Jetzt scheinen sie wieder einmal, um ihre Wähler zu täuschen, umgefallen zu sein. Wir Kommunisten haben zu diesem Klassenstaat und seinem Finanzminister nicht das geringste Vertrauen und werden selbstverständlich dieses Ermächtigungsgesetz ablehnen, das einen ausgesprochenen Klassenetat gegen die werktätige Bevölkerung darstellt.

Hilferding erhöht die Massensteuern um 465 Mill. Mk.

Am Verhältnis der Massensteuern zu den Besitzsteuern hat die sozialdemokratische Koalitionspolitik nicht das geringste geändert. Genau wie unter dem Bürgerblock haben die Massen auch unter der Regierung Hermann Müller **mehr als zwei Drittel aller Steuern aufzubringen.** Nach dem vorliegenden Notetat soll die Regierung ermächtigt werden, ein Fünftel der Summe des Bürgerblocks in drei Monaten auszugeben. Herr Hilferding selbst wollte sogar die ganze Summe der Bürgerblockausgaben für sich in Anspruch nehmen. Außerdem verlangt Hilferding die Genehmigung für besondere Ausgaben. Unter diesen besonderen Ausgaben befinden sich **eine Million zum Bau eines Marinetenders,** ferner eine Viertelmillion für Torpedo-Fangboote und zahlreiche ähnliche Ausgaben, darunter sogar Summen für den Ausbau der Küstenkanonen. (Hört, hört! bei den Komm.)

In der vorigen Woche sind hier fulminante Reden über Sparmöglichkeiten gehalten worden. Herr Cremer erklärte, es könnten 200 Millionen Mark gespart werden. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Sparabsichten nicht beim Wehretat oder im Etat des Reichsverkehrsministeriums, sondern im Sozialetat durchgesetzt werden sollen. Das enthüllt die Denkschrift des Hansabundes. Die Reden von Sparsamkeit sind eine elende Täuschung, wenn man jetzt zu gleicher Zeit dem Ermächtigungsgesetz der Regierung zustimmt.

Die Arbeiterschaft steht diesem Klassenstaat und dieser sozialdemokratischen Koalitionsregierung mit schärfstem Mißtrauen gegenüber. Das genügt aber nicht. Die Arbeiterklasse muß auch den schärfsten Kampf gegen den ausgesprochenen Klassenetat dieses bürgerlichen Klassenstaates führen. Wir werden alles daransetzen, diesen Kampf zu einem erfolgreichen Ende zu führen. (Bravo! bei den Komm.)

Abg. Stücklen (Soz.) bestätigt die Auffassung des Genossen Torgler, daß der Notetat in Wirklichkeit ein Ermächtigungsgesetz darstellt. Redner fügt allerdings hinzu, daß man ja im Haushaltsausschuß noch die Möglichkeit habe, einzelne Forderungen der Regierung abzulehnen.

Da von den übrigen Regierungsparteien niemand das Wort ergriff, folgte die Abstimmung, bei der der Notetat Hilferdings von den Regierungsparteien einschließlich des Zentrums angenommen wurde. Die kommunistische Fraktion brachte in diesem Zusammenhange ein Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister Dr. Hilferding ein, das in der morgigen Sitzung zur Abstimmung kommt.

Massenprotestversammlung gegen die Koalitionspolitik

Breslau, 21. März.

Im Herzen des Arbeiterviertels Breslau-West, in den Zentralballsälen, fand gestern abend die von der Kommunistischen Partei einberufene Protestversammlung gegen die Auswucherungspolitik der Hilferding-Regierung statt.

Die Versammlung, zu der die Roten Frontkämpfer in Gruppen geschlossen anmarschierten, war bis zum Letzten Platz gefüllt.

Der Referent, Genosse Mayer, München, beleuchtete in anderthalbstündigen Ausführungen die bisherigen Ergebnisse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Er stellte den Wahlversprechungen der SPD. die Taten dieser Partei im Reichstag und Landtag gegenüber. Auf Grund eines reichhaltigen Materials zeigte Genosse Mayer, wie die SPD. in der Frage der Lohnsteuer, der Wohnungsbaupolitik, der Mietenerhöhungen, der Arbeitslosenversicherung, des Arbeiterschutzes und des Invalidenversicherungsgesetzes die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung auf dem Altar der Koalitionspolitik geopfert hat. Besonders brandmarkte er die Politik der SPD. in der Panzerkreuzer- und Wehrfrage, und kennzeichnete die Spaltungspolitik der Reformisten als einen Bestandteil ihrer sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Politik. Der Sieg der Kommunisten bei der Betriebsrätewahl in Berlin war die beste Antwort der Massen auf die Spaltungspolitik der Reformisten. Zum Schluß wies Genosse Mayer hin auf die Reparationskonferenz in Paris, die wachsende Kriegsgefahr und feuerte die Anwesenden an, unter Führung der Kommunistischen Partei gegen den drohenden imperialistischen Krieg, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen.

Das temperamentvolle Referat des Genossen Mayer fand lebhaften Beifall. In der Diskussion sprach Genosse Oskar vom KJVD. für die Jungarbeiterschaft.

Genosse Mayer hielt dann ein kurzes, kerniges Schlußwort, in dem er Zörgiebels Plan, die Demonstration am 1. Mai zu verbieten, unter Entrüstungskundgebungen der Versammelten geißelte und die Breslauer Arbeiter zu einer machtvollen Kundgebung am 1. Mai aufforderte. Genosse Reimann als Versammlungsleiter unterstrich diesen Appell, worauf die gut verlaufene Versammlung mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen wurde.

Die Führer der Brandleristen waren in der Versammlung nicht erschienen, nur wenige ihrer Anhänger waren anwesend. Offenbar hatten sie den Versuch gemacht, den Besuch der Versammlung durch Boykottparole zu schwächen. Das ist ihnen schmählich mißlungen.

Die gestrige Kundgebung war wiederum ein Zeichen dafür, daß alle Quertreibereien der Brandleristen den Vormarsch der Partei nicht aufzuhalten vermögen.

Gewerkschaftsführer gegen Erwerbslosenausschüsse

Unterstützungsentzug wegen ehrenamtlicher Vertretung vor dem Spruchausschuß

Die Arbeiter Paul Schmidt und Paul Schulz in Guben vertraten erwerbslose Kollegen ehrenamtlich vor dem Spruchausschuß. Wegen dieser Tätigkeit wurde ihnen die Unterstützung entzogen mit der Begründung, daß sie nicht im Sinne des AVAVG. erwerbslos seien.

Der Arbeiter Paul Schulz ging darauf zum Büro seiner Gewerkschaft und zu dem Arbeitersekretär Petzke, um zu veranlassen, daß von dort aus Schritte unternommen werden, um ihn zu seiner Unterstützung kommen zu lassen. Der Arbeitersekretär erklärte, die Unterstützungsentziehung wäre berechtigt bei Vertretungen, auch wenn sie ehrenamtlich erfolgen. Der Arbeitersekretär drohte sogar mit dem Ausschluß aus der Gewerkschaft, wenn Sch. seine Tätigkeit im Erwerbslosenausschuß nicht einstelle.

Aus aller Welt

Die Celler Metallwarenfabrik niedergebrannt

In der vergangenen Nacht wurde die Stadt Celle von einem Großfeuer heimgesucht, das zu den schwersten Brandkatastrophen der letzten Jahrzehnte zählt. Das Großfeuer legte den Betrieb der Metallwarenfabrik Altona-Celle A.-G., deren Fabrikräume auf dem Gelände des ehemaligen Fasanengartens errichtet sind, in Asche. Die Fabrik, die zu den größten dieser Art in Deutschland gehört, wurde im Jahre 1920 errichtet und 1924 wesentlich erweitert. Während der Brandbekämpfung ereigneten sich schwere Detonationen, die von den Explosionen von Sauerstoffflaschen herrührten. Einzelne Eisenstücke wurden hundert Meter durch die Luft geschleudert.

Eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Westfalen". — Am Mittwochmorgen ereignete sich auf der Zeche „Westfalen" eine Schlagwetterexplosion, durch die der Wetterkontrolleur Rau getötet und zwei andere Bergleute verletzt wurden.

Wer hat noch nicht

die Jubiläumsnummer der „Arbeiter-Zeitung" bestellt? Sie erscheint diesen Sonnabend und eignet sich vorzüglich zu Werbezwecken! Heute ist der letzte Bestellungstag!

Schweres Flugzeugunglück bei Darmstadt. — Am Mittwoch mußte das Schulflugzeug der Firma Rab-Katzenstein aus Kassel in der Nähe von Arheilgen notlanden. Dabei wurde ein Junge überfahren und schwer verletzt. Das Kind ist kurz darauf seinen Verletzungen erlegen.

Große Ueberschwemmungsschäden in Neu-Seeland. — Nach Meldungen aus Christchurch in Neu-Seeland haben ungewöhnlich heftige Regenfälle im Bezirk von Dunedin Ueberschwemmungen hervorgerufen, wie sie noch nie zu verzeichnen waren. Hunderte von Einwohnern mußten ihre Häuser verlassen. In einigen Straßen von Dunedin steht das Wasser eineinhalb Meter hoch.

Schweres Explosionsunglück in einer Petroleum-Destillieranstalt. Bei einer Explosion in einer Petroleum-Destillieranstalt in Marcus Hook im Staate Pennsylvania wurden nach Meldungen aus Neuyork ein Mann getötet und vier schwer verletzt. Mehrere Personen werden noch vermißt. Sechs Oeltanks stehen noch in Flammen.

Riesenbrand in Oslo. — Am Mittwochabend, gegen 20 Uhr, am Vorabend der Osloer Kronprinzenhochzeit, brach im Zentrum von Oslo ein Großfeuer aus, das das Gebäude der Manufakturwarenfirma Steem & Ström, die fast ein ganzes Straßenviertel bedeckt, vollkommen zerstörte. Die Höhe des angerichteten Schadens läßt sich noch nicht genau bestimmen, da der Brand noch nicht gelöscht ist.

Zwanzig Todesopfer des Eisenbahnunglücks in Ontario. — Nach eingetroffenen Meldungen aus Drocourt (Ontario) sind bei dem Eisenbahnunglück (Zusammenstoß von zwei Schnellzügen in voller Fahrt) in der Nähe von Parry Sound 20 Personen getötet worden. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. Sie ist jedoch sehr groß.

Fünf Personen in einem Bergwerk verunglückt. — Wie aus Myslowitz gemeldet wird, sind dort am Dienstag fünf Bergleute infolge eines Stützenbruches verunglückt. Drei von ihnen sind tot, zwei schwer verletzt.

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

28

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt, Th.

„Gestatten Sie einen Augenblick! Fräulein Zenk möchte Sie sprechen." Sukrow fühlte, wie alles Blut zu seinem Herzen strömte, wie die feinen Faserwürzelchen, die da von dieser hoffnungslosen Liebe zurückgeblieben waren, neue Triebe bildeten. Er ging mit Peikchen über einen teppichbelegten Gang. Hinter einer Rollwand, die sich in einer Ecke um einen Tisch schlängelte, ertönten Stimmen.

Als die beiden jungen Leute in das Kabinett traten, verabschiedete Gisela einen weißbärtigen Herrn mit „Also, es bleibt dabei, Herr Rat". Auch Peikchen verschwand auf ihren Wink, mit den Hacken klappend....

Sukrow stand ihr allein gegenüber. Und wie er ihre schlanke, von einem blauen Samtkleid umflossene Gestalt mit den Blicken umfaßte, wieder in ihre Augen blickte, da mußte er, daß es eitel Selbsttäuschung gewesen war, als er geglaubt hatte, sich ihrem Zauber jemals entziehen zu können. Ganz hingemäht, wie er war, bemerkte er gar nicht den Strahl des Triumphes, der in ihren Augen aufblitzte.

„Gnädiges Fräulein wünschen mich zu sprechen?"

Sie streckte ihm über den breiten Rundtisch hinweg die rechte Hand entgegen. Aus den kurzen Aermeln des Kleides schimmerte ihr Arm weiß und wohlduftend vor Sukrows Gesicht.

„Es freut mich ungemein, Herr Sukrow, daß Sie, nachdem ich Sie schon neulich im Kreise nationaler Männer getroffen, den Weg bis zur Schwelle des Rugard gefunden haben. Hoffentlich dürfen wir Sie bald als Freund, Kamerad und Mithelfer für unsere Sache begrüßen."

Sie sagte das in warmem, herzlichem Tone, indem sie ihn zum Sitzen nötigte. „Nicht so konventionell, wenn ich bitten darf. Rücken Sie hier zu mir auf das Sofa und sprechen Sie als Freund zur Freundin", sagte sie, als er sich auf einen Stuhl setzen wollte.

Später entsann er sich genau, daß ihn in diesem Augenblick ein zitterndes Angstgefühl überkam, wie in seinem Traum, als er an ihrer Seite in der mit Totenpferden bespannten Brautkutsche dahinsauste. Hier wie da wollte er fliehen. Hier hinderten ihn allerdings keine Abgründe, sondern zwei faszinierend schöne Augen.

„Sie sprechen ja gar nichts", sagte sie, als er wortlos geradeaus starrte, „ist Ihnen nicht wohl?"

„Sie sagen, daß Sie sich neulich darüber freuten, als Sie mich bei der Einwohnerwehr sahen. Ich hatte aber einen anderen Eindruck von unserer Begegnung", würgte er mühsam heraus. Sie wurde ein wenig rot, aber sie schien auf diesen Einwurf gewappnet zu sein.

„In der Tat hatte ich mich zuerst geärgert, aber nachher erschien mir alles in einem milderen Lichte", antwortete sie mit weicher Stimme.

„Geärgert? — Ueber mich? — Da muß ich doch um nähere Aufklärung bitten."

Gisela machte eine abwehrende Bewegung. „Lassen wir das. Sie waren vielleicht an dem Abend in Stimmung... Sie sind ja auch noch jung! Aber —" setzte sie mit verhaltener Stimme hinzu, „glauben Sie mir, solche Mädchen sind Ihrer nicht wert."

„Sie wissen also — Sie haben mich gesehen?" — Er fühlte sich wie ein ertappter Schuljunge. „Freilich haben Sie recht, und ich habe mit sehr schnell selbst davon überzeugt, es auch schon zehnmal bereut", setzte er leise hinzu.

Traurigkeit überkam ihn. So hatte er sie wirklich gekränkt. Alle Kombinationen über ihren Hochmut brachen jäh zusammen. Er mußte blind gewesen sein an jenem Abend, hatte eine günstige Gelegenheit, die sich vielleicht nie wieder bot, verpaßt. Sie hatte ihn mit jenem ordinären Mädchen Arm in Arm gesehen. Wie tief mußte er in ihrer Achtung gesunken sein! Verstohlen fuhr er mit dem Daumen in die Augenwinkel.

„Können Sie mir verzeihen, Gnädigste?"

„Verzeihen?... Ich hatte doch keinerlei rechtliche Ansprüche an Sie." Sie sagte das in einem Tone, in dem etwas wie Bedauern mitschwang. Er hörte das, und mit einem Male elektrisierte ihn eine neue Hoffnung.

„Sie sind mir also nicht böse?" fragte er, ihre Hand ergreifend.

Sie lächelte und er zog ihre Hand an seinen Mund. Dann behielt er sie fest in seiner Hand.

„Gisela! — ich habe viel um Sie gelitten... Ich weiß nicht, ob ich das sagen darf... Ich wagte nicht, meine Augen zu Ihnen zu erheben... Ich suchte Sie überall zu vergessen und fand Sie doch überall wieder. Sagen Sie mit einem Worte nur: war mein Leiden nicht dumm und hoffnungslos?"

„Würde ich mich sonst so für Sie interessiert haben, Sie dummer, lieber, großer Junge, Sie?"

„Gisela!"

Sie entzog ihm mit einer Gewalt, die keinen Widerstand duldete, den Arm, den er zur Schulter empor mit Küssen bedeckte.

„Nun wollen wir es gut sein lassen und einmal vernünftig miteinander reden.... Da, hübsch hingesetzt und die Hände auf den Tisch beisammengelegt, wir sind hier nicht im ‚Maxloher Hof'," sagte sie energisch.

Er war schon wieder der gehorsame Sklave.

Sie schenkte aus der Flasche zwei Gläser voll. „So, damit stoßen wir nun an, es ist deutscher Wein, den wir da zum Zeugen unserer Freundschaft machen, ich, ein deutsches Mädchen, und Sie, ein — wie ich jetzt hoffe — deutscher Mann."

Sie trank das Glas in einem Zug aus und gebot ihm, das gleiche zu tun. „Mehr gibt es vorläufig nicht", sagte sie neckisch, die Flasche wegrückend. „Wir müssen klar bei Sinnen bleiben. Sind Sie nun zufrieden?"

Der schwere Wein stieg ihm sofort zu Kopfe. „Zufrieden, Gisela, werde ich erst mal sein, wenn ich weiß, daß mich meine Träume nicht betrogen, daß ich Sie lieben und umarmen darf!"

Sie wurde ernst. „Sprechen Sie nicht so, mein Freund... Jetzt wenigstens nicht so."

„Warum gerade jetzt nicht?" begehrte er leidenschaftlich auf. —

„Sie vergessen eines. Ich bin ein deutsches Mädchen! Wissen Sie nicht mehr aus der Geschichtsstunde, was Tacitus über die germanischen Frauen sagte? Daß sie ihren Männern in die Schlacht folgten, durch Zurufe zur größten Tapferkeit ermunterten und bei einer verlorenen Schlacht sich und ihren Kindern den Tod gaben!"

„Jetzt ist doch gar kein Krieg, warum denn da diese Geschichten?" fragte er verdrießlich.

„Aber unser Vaterland blutet noch an den tausend Wunden eines verlorenen und verratenen Krieges. Sie selbst sprachen doch mal mit mir darüber, damals, als wir uns zum ersten Male sahen. Sehen Sie, das ist es ja, was ich an Ihnen so schätze. Ihre Hingabe an den Auferstehungsgedanken unseres Deutschtums, der ja bei Ihnen nur in eine etwas andere Form gekleidet ist. Sie empfinden in Wirklichkeit in Ihrem Innern genau so kerndeutsch wie ich und andere. Schlagworte und Phrasen haben nur die Schale zernagt. Aber der Kern ist noch echt. Und weil ich das mit fünfundneunzigprozentiger Sicherheit weiß, darum würde ich es begrüßen, wenn Sie... Seien Sie ein Mann, werden Sie ganz der Unserige! Solche Leute, die, wie Sie, Einfluß auf Arbeiterkreise haben, braucht das Vaterland. Unterstellen Sie sich meinem Kommando, treten Sie dem „Rugard" bei!" Sie hielt stille und sah ihn erwartungsvoll an.

„Und wenn ich es tue, Gisela, — ganz bin ich ja davon noch nicht überzeugt. Wenn ich es tue, um Ihretwillen, und dann?! — —"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski; für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Bielwald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für Inserate W. Gerber-Breslau.

Zum 10. Jahrestage der ungarischen Räterepublik

A. F. Am 21. März 1919 wurde die Räterepublik in Ungarn errichtet. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich durch das kapitalistische Europa die Nachricht: Bolschewismus in Ungarn! In den darauffolgenden Wochen und Monaten stand die ungarische Räterepublik im Mittelpunkt des politischen Interesses der imperialistischen Regierungen, aber auch des internationalen Proletariats, das die glänzenden Erfolge, die schweren Kämpfe und die Niederlage der ungarischen Räterepublik dauernd im Geiste der Solidarität verfolgte. Nicht ohne Grund, denn die Lehren der proletarischen Diktatur in Ungarn waren von größter internationaler Bedeutung. Und heute, am zehnten Jahrestage der Errichtung der Räterepublik in Ungarn, sind diese Lehren nicht weniger aktuell als in den Zeiten der revolutionären Hochflut nach dem imperialistischen Weltkriege.

Wie ist die Rätemacht in Ungarn zur Herrschaft gelangt? Nach dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte und nach dem politischen Zerfall der morschen, verfaulten österreichisch-ungarischen Monarchie wurde im November 1918 in Ungarn die Republik ausgerufen. Die Sozialdemokratie übernahm gemeinsam mit den bürgerlich-demokratischen Parteien die Regierung. Die Koalitionsregierung, mit dem Pazifisten Michael Karolyi an der Spitze, hoffte durch ententefreundliche Erklärungen einen Frieden erlangen zu können, der die Grenzen des alten Ungarns im ganzen und großen unangetastet gelassen hätte. Die naiven Illusionen der ungarischen Sozialchauvinisten wurden durch die Beschlüsse der Entente grausam zerstört. Zwei Drittel des alten Ungarns mit über 12 Millionen Einwohnern wurden von den neuen Nachfolgerstaaten besetzt und sollten in deren dauerndem Besitz verbleiben.

Unterdessen schlugen die Wogen der sozialen Revolution immer höher. In Budapest und in den Städten revoltierte das Industrieproletariat gegen die wachsende Not und schloß sich in immer größeren Massen an die unter der Führung des Genossen Bela Kun stehende junge Kommunistische Partei an, die die volle Uebernahme der Macht durch das Proletariat und die Errichtung der Räterepublik forderte. Auf dem Lande wuchs die Welle der Empörung gegen die Koalitionsregierung, die die Aufteilung des Großgrundeigentums sabotierte. In einzelnen Gegenden trat das ländliche Proletariat in Aktion, beschlagnahmte den Grundbesitz und bildete landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften zu ihrer Verwaltung.

Das war die allgemeine Lage am Vorabend der Errichtung der ungarischen Räterepublik. Die nationale republikanische Bourgeoisie verzweifelte angesichts der harten Bedingungen der Entente, die eine Aufteilung Ungarns bedeuteten. Die Sozialdemokratie stand der Zersetzung in ihren eigenen Reihen und dem Vormarsch der Kommunistischen Partei ohnmächtig gegenüber. Die Koalitionsregierung trat zurück. Die Führer der Sozialdemokratie suchten die von ihnen selbst eingekerkerten Führer der Kommunistischen Partei im Gefängnis auf und erklärten sich bereit, die Bedingungen der Kommunistischen Partei (Errichtung der Rätemacht, Anschluß an die Dritte Internationale) anzunehmen.

Das Proletariat übernahm „ohne Blutvergießen" die Macht. Die „Einheit" der Arbeiterschaft sollte die Grundlage ihrer ausschlaggebenden Macht im neuen Rätestaat bilden. Aber in dieser Uebernahme der Macht „ohne Blutvergießen", in dieser „Einheit", die auf Kosten der Selbständigkeit der revolutionären Partei hergestellt wurde, waren jene folgenschweren Fehler enthalten, die den Zusammenbruch der Räteregierung wesentlich mitbedingt haben. Ohne Blutvergießen übernahm das Proletariat die Macht. Mit dem furchtbarsten Blutbade, mit dem Verlust von Tausenden seiner Besten mußte es seine Illusionen, seine unkritische Haltung gegenüber den sozialdemokratischen Verrätern bezahlen.

Die Räteregierung wurde aus Kommunisten und Sozialdemokraten gebildet. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die junge Kommunistische Partei Ungarns wurden zu einer einheitlichen Sozialistischen (später „Sozialistisch-Kommunistischen") Partei verschmolzen, in der die Sozialdemokratie ihren alten organisatorischen Apparat, ihre korrupten Führer erhalten konnte. Von da an ist die Geschichte der ungarischen Räterepublik durch die tiefe innere Gegensätzlichkeit der kommunistischen und der sozialdemokratischen Kräfte bestimmt. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter und der linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei, mit dem verstorbenen Genossen Eugen Landler an der Spitze, haben vorbehaltlos den Boden des Kommunismus betreten. Die rechten und die zentristischen Führer der Sozialdemokratie sabotierten dagegen von Anfang an alle notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung und Festigung der Rätemacht, sie bekämpften im Namen des „Humanismus" den „roten Terror", lieferten das flache Land der Konterrevolution aus und verbreiteten in den Betrieben, in der Roten Armee den Geist des Defaitismus. Ihre Sabotage ging im Laufe der Zeit in ausgesprochene Konterrevolution über. Die sozialdemokratischen Führer verhandelten in Wien mit den Vertretern der Ententemächte über die „Liquidierung", d. h. den Sturz der Räterepublik und die Wiedererrichtung der Macht der Bourgeoisie in Ungarn. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die ausländischen Imperialisten, nachdem sie ihre Verräterdienste in Anspruch genommen haben, ihnen den wohlverdienten Fußtritt gaben.

Die Sabotage und der Verrat der sozialdemokratischen Führer konnte nicht verhindern, daß das ungarische Proletariat in den 133 Tagen der Räteherrschaft Heldentaten vollbrachte, die für alle Zeiten dauernde Beweise für die schöpferische Kraft der proletarischen Klasse bleiben. Die Leistungen des revolutionären Proletariats Ungarns sind auf militärischem, auf ökonomischem und auf kulturellem Gebiete gleich anerkennenswert. In militärischer Hinsicht: gegenüber der zahlenmäßigen und technischen Uebermacht der rumänischen, jugoslawischen, tschechoslowakischen Armeen, trotz der sozialdemokratischen Sabotage und des Verrats, der in der Roten Armee verwendeten früheren Offiziere hat das ungarische Proletariat seine Macht viereinhalb Monate lang erfolgreich verteidigt, die imperialistische Armee der Tschechoslowakei in die Flucht gejagt und der Roten Armee Sowjetrußlands aktive militärische Hilfe geleistet. Dadurch, daß die Rote Armee Ungarns alle rumänischen Kräfte gebunden hat, konnte sich die Rote Armee Sowjetrußlands auf die Niederwerfung Koltschaks usw. konzentrieren.

Die ökonomischen Leistungen der Rätemacht erbrachten trotz der vielfachen Fehler, die bei der Sozialisierung und in der Finanzpolitik begangen wurden, im ganzen den Beweis dafür, daß die sozialisierte Wirtschaft funktioniert, daß das Proletariat die Macht nicht nur zu übernehmen und militärisch zu verteidigen, sondern auch im Interesse der werktätigen Schichten auszuüben versteht.

Glänzende Leistungen vollbrachte die Rätemacht auf kulturellem Gebiet. Trotz der Kürze der Zeit wurde eine Arbeiteruniversität ins Leben gerufen, die vom Anfang bis zum Ende des Bestehens der Rätemacht ihre Tätigkeit durchführte. Zahlreiche Kurse zur kommunistischen Aufklärung, revolutionäre Massenliteratur, revolutionäre Filme und Theater verkündeten die schöpferische Kraft des Arbeiterstaates auf kulturellem Gebiete.

Wenn wir die Ursachen untersuchen, die trotz der vielen positiven Momente zum Zusammenbruch der Rätemacht führten, so müssen wir als den entscheidenden Fehler der Kommunisten zweifellos die Preisgabe der Selbständigkeit der Kommunistischen Partei erkennen. Dieser Fehler, der sich im Laufe der Entwicklung hundertmal gerächt hat, hing mit jener Vertrauensseligkeit der führenden ungarischen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zusammen, die schon Lenin in seinen ersten Aeußerungen zur ungarischen Rätediktatur mißbilligt hat. Ein anderer, schwerwiegender Fehler, den ebenfalls Lenin als Lehre für das internationale Proletariat unterstrichen hat, wurde auf dem Gebiete der Agrarpolitik begangen. Statt sofort zur Aufteilung des Grundbesitzes zu schreiten, um die Millionenmassen der Kleinbauern dadurch für die Rätemacht zu gewinnen, schritt die Regierung zum doktrinären Versuch der Errichtung von Produktivgenossenschaften, die die früheren Großgrundeigentümer oft als Angestellte behielten. An die Befriedigung des Landhungers der Kleinbauern wurde in diesem ausgesprochen kleinbürgerlichen Lande nicht gedacht. Die großen bäuerlichen Massen standen der Räteregierung mißtrauisch oder feindselig gegenüber, die pfäffisch-faschistische gegenrevolutionäre Agitation fand unter ihnen günstigen Boden, die Aushungerung der Hauptstadt Budapest wurde zwar nicht erreicht, aber die Versorgung mit Lebensmitteln verschlechterte sich und trug zur Unzufriedenheit der rückständigen Schichten der werktätigen Bevölkerung bei.

Die ungarische Räterepublik erlag den vereinigten Kräften der ausländischen und der einheimischen Bourgeoisie. Ihr Sturz, der durch die militärische Niederlage der Roten Armee gegenüber der rumänischen Armee besiegelt wurde, wurde am stärksten gefördert durch den Verrat der Sozialdemokratie. Die ungarische Sozialdemokratie erwies sich als Wegbereiterin des Faschismus, der in Horthys Militärherrschaft, im grausamsten weißen Terror, in der Ermordung von Tausenden proletarischer Kämpfer, in der Einkerkerung von Zehntausenden seinen Ausdruck fand. Und diese schmachvolle Rolle hat die ungarische Sozialdemokratie seit dem Sturz der Räteregierung behalten. Der Burgfrieden zwischen den Machthabern Horthy-Ungarns und der Sozialdemokratie wird auf Kosten der werktätigen Massen aufrechterhalten. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns ist ein charakteristisches Beispiel für die sozialfaschistische Entwicklung des Reformismus, wie sie sich heute auch in anderen Ländern, auch in Deutschland, anbahnt.

Das internationale Proletariat wird, eingedenk der Worte Lenins, die Lehren der ungarischen Kommune nicht vergessen. Der Zusammenbruch der Rätemacht in Ungarn, der Verrat der Sozialdemokratie an dem ungarischen Proletariat weisen auf die Rolle der Kommunistischen Partei in der Revolution gebieterisch hin.

Ohne eine selbständige, theoretisch klare, straff organisierte und disziplinierte Kommunistische Partei als Führerin der Arbeiterklasse gibt es keine siegreiche Revolution, keine Möglichkeit, die Macht des Proletariats zu halten und zu befestigen.

Und diese Macht kann mit den reformistischen und zentristischen Führern der Sozialdemokratie unter keinen Umständen „geteilt" werden. Die sozialdemokratischen Führer müssen als Konterrevolutionäre, als Agenten der Bourgeoisie bekämpft, ihr Einfluß vernichtet, die Sozialdemokratie selbst muß zerschlagen werden, wenn die Revolution siegen soll. Diese oberste Lehre der ungarischen Räterepublik gilt es heute, wo der verschärfte Kampf gegen den Reformismus die gebieterische Aufgabe des revolutionären Proletariats ist, wieder ins Gedächtnis zurufen. Der Vergleich zwischen dem Weg der proletarischen Revolution in Sowjetrußland und dem Zusammenbruch der Räteregierungen in Ungarn, Bayern spricht für sich. Aber indem wir in dieser Grundfrage hauptsächlich eine kritische Stellung gegenüber den Fehlern der ungarischen Räterepublik einnehmen, um aus diesen Fehlern zu lernen, vergessen wir auch die kühnen, heldenhaften Taten des ungarischen Proletariats nicht, die als anfeuernde Beispiele die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse, ihre Fähigkeit zum Aufbau des Sozialismus verkünden. Die Märtyrer der ungarischen proletarischen Revolution sind nicht umsonst gestorben. Ihre Kämpfe, ihre Leistungen leben in der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution weiter.

Die Erwerbslosen an die Betriebsarbeiter

Ein Aufruf der Landeshuter Erwerbslosen

Die am 12. März im Luckersaal versammelten Erwerbslosen der Stadt Landeshut haben an die Arbeiter in den Betrieben einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Kollegen!

Wir Arbeitslose von Landeshut wenden uns an Euch und fordern Euch auf, mit uns zu kämpfen für die Beseitigung des Elends, unter dem Ihr wie wir zu leiden habt.

Ihr steht heute noch im Betriebe, aber morgen schon könnt Ihr mit uns auf der Straße liegen. Schon haben viele Eurer Familienangehörigen keine Arbeit, und bei Euch ist der Hunger der Koch. Während allein in unserem Kreise Tausende nach Arbeit schreien, werdet Ihr in verschärfter Form ausgebeutet. Für einen jämmerlichen Lohn müßt Ihr Eure Kräfte bis zum äußersten ausgeben. Und unser Elend, unsere Not, unseren Hunger wollen die Unternehmer benutzen, um Eure Löhne noch weiter herunterzudrücken.

Kollegen! Ihr im Betrieb und wir auf der Straße, wir haben die gleichen Interessen, und deshalb müssen wir gemeinsam den Kampf führen.

Was ist zu tun? Seit einem Jahre sind die Arbeitsbedingungen unerhört verschlechtert worden. Das Drei- und Vierstuhlsystem ist in verschiedenen Betrieben eingeführt worden. Frauen werden gezwungen, Männerstühle zu bedienen. Hunderte von Arbeitskräften sind überflüssig geworden. Bei den Unternehmern aber steigt der Profit.

Fort mit diesem fluchwürdigen System schlimmster Ausbeutung!

Kämpft mit uns dafür, daß die Arbeitsbedingungen wieder verbessert werden und Arbeitslose wieder ihre alten Plätze einnehmen können.

Nehmt Euren arbeitsuchenden Kollegen nicht die Arbeit weg. Weigert Euch, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten. Haltet die 45-Stunden-Woche ein. Wehrt Euch dagegen, daß man jahrelang im Betrieb beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße wirft und sie nach ein paar Wochen durch schlecht bezahltere, schulentlassene Jugendliche ersetzt. Setzt es durch, daß Eure Betriebsräte bei Entlassungen und Wiedereinstellungen mit zu entscheiden haben, damit dies verhindert wird. Fordert gleichen Lohn für gleiche Leistung. Erhöhung der Alters- und Invalidenrente und die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre. Kämpft mit uns, damit das Los der Arbeitslosen gebessert wird. Erhebt mit uns die Stimme für ausreichende Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. Unterstützt uns besonders in unserem Kampf um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Unterstützt unsere folgenden Forderungen an die Stadt Landeshut:

Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen durch:

Den Bau von 200 Arbeiterwohnungen.

Die sofortige Inangriffnahme

1. **der notwendigen Straßenpflasterungen,**
2. **des Abbruches der „Drei Kronen",**
3. **der Schaffung eines Verbindungsweges zwischen dem Ortsteil Ober-Leppersdorf und der Breitenau,**
4. **der Zuschüttung des Wallgrabens um Schloß Kreppelhof.**

Vom Kreis fordern wir, daß außer dem Straßenbau Schömberg—Albendorf auch der Ausbau der Straße Blaßdorf—Liebau vorgenommen wird.

Kollegen! Wenn wir gemeinsam all unsere Kräfte anstrengen, so wird es gelingen, das durchzusetzen, was zur Beseitigung der schlimmsten Not geschehen muß. Zwingt Eure Betriebsräte, daß sie sofort eine

Belegschaftsversammlung

in einem Saal einberufen, daß sie in dieser Versammlung einem Vertreter der Erwerbslosen das Wort geben, damit wir gemeinsam über den Weg beraten, der einzuschlagen ist.

Kollegen! Wir alle müssen uns geschlossen aufbäumen gegen das Schicksal, das uns die kapitalistische Gesellschaft aufzwingt.

Kollegen! Wenn wir so gemeinsam kämpfen gegen die augenblickliche gemeinsame Not, dann wird aus dieser Kampfgemeinschaft der ganzen Klasse die Kraft erwachsen zur Erreichung unseres höchsten Zieles:

Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Sieg des Sozialismus!

Hilferding will die Erwerbslosenunterstützung abbauen

E. St. Bei der Etatsberatung gab Hilferding eine sehr bemerkenswerte Erklärung ab, die zwar in der bürgerlichen Presse nachgedruckt, vom „Vorwärts" und den anderen SPD.-Zeitungen unterschlagen wird. Hilferding erklärte bei der Besprechung der 250-Millionen-Anleihe für die Erwerbslosenversicherung, daß diese nur unter dem Gesichtspunkt eingesetzt wird, daß in den nächsten Monaten eine Revision der Arbeitslosenversicherung erfolgen wird. Die Deutsche Volkspartei und die bürgerlichen Zeitungen fordern seit langem eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Die SPD.-Minister unter Führung von Hilferding und Wissell beeilen sich, schon offiziell die Erklärung abzugeben, daß die Regierung bereit sei, diese Forderung zu erfüllen.

Als vor eineinhalb Jahren das AVAVG. in Kraft trat, da waren es die Gewerkschaftsführer und die SPD.-Fraktion, die den Versuch unternahmen, dieses Gesetz als eine ideale Gestaltung sozialer Versorgung hinzustellen. Aufhäuser erklärte im Namen der Gewerkschaft und der SPD. im Reichstag:

„Bei der Sachlage (gemeint war die Zustimmung der Bürgerblockparteien) **war auch die Stellung der Sozialdemokratie im Ausschuß eine starke, und wir haben diese starke Stellung ausgenutzt, um das Gesetz gerecht und sozial auszubauen."**

Die „Gewerkschaftszeitung" schrieb in Nr. 29, 37. Jahrgang:

„Als Ganzes kann das Gesetz befriedigen!"

Diese Selbstbeweihräucherung stand mit der Wirkung des Gesetzes im krassen Gegensatz. Immer mehr Arbeitslose wurden aus den Versicherungen ausgeschlossen.

Vom Januar bis zum Oktober 1928 stieg die Zahl derer, die trotz gezahlter Beiträge vom Gesetz nicht unterstützt werden, von zirka 24 auf 45 Prozent. Durch das Gesetz über die Sonderfürsorge wurden 50 Prozent der Unterstützungsempfänger, rund 1 Million, um die Rechtsansprüche betrogen und der Bedürftigkeitsprüfung ausgeliefert.

Die SPD. pries als größten Erfolg die Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung. Formal besteht diese im Gesetz nicht, in der Praxis noch in größerem Umfange wie bei der Erwerbslosenfürsorge. Von den über 3 Millionen Arbeitslosen werden nur 2 460 000 als Hauptunterstützungsempfänger geführt. Zirka 800 000, die zwar arbeitslos sind, aber nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen, unterstehen der Bedürftigkeitsprüfung des Wohlfahrtsamts. Von den Hauptunterstützungsempfängern unterstehen 1 Million der Bedürftigkeitsprüfung, weil diese als Saisonarbeiter gelten. Mehr als 50 Prozent der dann noch vorhandenen Hauptunterstützungsempfänger bekommen eine Grundunterstützung, die zwischen 6, 13 und 20 Mark pro Woche beträgt. Da diese damit nicht existieren können, müssen sie das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen, unterliegen also auch hier der Bedürftigkeitsprüfung.

Durch diese Aufstellung ergibt sich, daß die Bedürftigkeitsprüfung in Wirklichkeit weiterbesteht. Durch die Erhöhung der Anwartschaft von 26 Wochen und Verkürzung der Unterstützungsdauer auf 2 Wochen ist die Zahl der Arbeitslosen, die überhaupt auf die Gnade der Wohlfahrtsämter angewiesen sind, bedeutend größer als zur Zeit der Arbeitslosenfürsorge.

Im Wahlkampf und auch später erklärten die Gewerkschaftsführer und die SPD. immer wieder, sie werden für die Verbesserung des Gesetzes sorgen, in der Praxis wurde eine Verschlechterung nach der anderen durchgeführt.

Jetzt erklärt Hilferding als Beauftragter seiner Partei und der Regierung, daß eine weitere radikale Verschlechterung des Gesetzes vorgenommen werden muß. Wir zweifeln nicht daran, daß die Sozialdemokratie diese Ankündigung durchführen wird. Wir stehen in einer Periode bleibender großer Massenarbeitslosigkeit. Auch die geringste Verschlechterung vergrößert das Elend ungeheuer.

In dieser Situation beeilt sich die Sozialdemokratie, diese Verschlechterung anzukünden.

Um so notwendiger ist daher der verschärfte Kampf der Arbeiter gegen die geplante neue Sozialgesetzgebung.

Nr. 10 **Der Erwerbslose** 1929

Der Schwindel mit der Ausdehnung der Krisenfürsorge

In Schlesien und Oberschlesien kommen fast keine neuen Berufe hinzu

F. Z. Nachdem am 8. Februar im Reichstage ein Beschluß herbeigeführt wurde, in dem der Reichsarbeitsminister ersucht wurde, die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufe auszudehnen und ferner die Krisenfürsorge bis zum 4. Mai zu verlängern, hat der Sozialdemokrat Wissell am 22. Februar „geruht", einen Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge herauszugeben. Die Einzelheiten dieses Erlasses sind bereits von uns in dem Artikel „Die neue Verordnung über die Krisenfürsorge" in der Erwerbslosenbeilage Nummer 8 vom 1. März eingehend behandelt worden. Nach diesem Erlaß war die Befugnis zur Ausdehnung der Krisenfürsorge auf weitere Berufe den Vorsitzenden der Landesarbeitsämter übertragen worden, die ihrerseits die notwendigen Richtlinien für die Ausdehnung der Krisenfürsorge ausarbeiten sollten. Von seiten des Landesarbeitsamtes Schlesien liegen uns nun diese Richtlinien vor, die wir nachstehend zum Abdruck bringen:

„Der Präsident
des Landesarbeitsamtes Schlesien.

Nachdem durch Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 22. Februar 1929 die Vorschriften über die Krisenfürsorge neu geregelt worden sind, gelten nunmehr für den Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlesien folgende Vorschriften:

I. **Berufe, die durch den Herrn Reichsarbeitsminister allgemein zur Krisenunterstützung zugelassen sind:**

1. Gärtnerei (mitenthalten in den Berufsgruppen 1 und 2 der Arbeitsmarktstatistik);
2. Glasindustrie (mitenthalten in der Berufsgruppe 4 b),
3. Steinbildhauer (Berufsgruppe 4 a),
4. Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen (Berufsgruppen 5 und 6),
5. Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe (Berufsgruppe 11),
6. Holz- und Schnitzstoffgewerbe (Berufsgruppe 12),
7. Bekleidungsgewerbe (Berufsgruppe 14),
8. Bühnenmitglieder einschließlich der Chorsänger, soweit diese Bühnenmitglieder sind, und des bei Lichtspielaufnahmen verwandten darstellerischen Personals (mitenthalten in der Berufsgruppe 19),
9. Angestellte (Berufsgruppen 25, 26 und 27).

II. Ueber diesen Personenkreis hinaus waren bereits vorher durch den Herrn Reichsarbeitsminister und den unterzeichneten Präsidenten des Landesarbeitsamtes weitere Berufe für den ganzen oder für Teile des Bezirks des Landesarbeitsamtes Schlesien zur Krisenunterstützung zugelassen. Diese Zulassungen bleiben aufrechterhalten, werden aber, wie überhaupt die Dauer der Krisenunterstützung in jedem Falle, also z. B. auch für das Spinnstoffgewerbe, insofern begrenzt, als die Krisenunterstützung nicht über den 4. Mai 1929 hinaus gezahlt werden darf. Bis zu diesem Zeitpunkt erhalten aber alle zur Krisenunterstützung zugelassenen Personen, ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Bezuges, die Krisenunterstützung. Auch Personen, die schon aus der Krisenunterstützung ausgeschieden waren, erhalten sie erneut zugesprochen, es sei denn, daß das Ausscheiden — bei Arbeitern — vor dem 1. Dezember 1928 oder — bei Angestellten — vor dem 1. Oktober 1928 erfolgt ist.

Die vor dem Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 22. 2. 1929 durch den Herrn Reichsarbeitsminister oder den Unterzeichneten zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufe bleiben weiterhin zum Bezuge der Krisenunterstützung berechtigt, auch wenn es sich im Einzelfalle etwa um einen Arbeitslosen aus einer Berufsgruppe handeln sollte, deren Arbeitslosigkeit inzwischen durch Anordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt oder des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes als berufsüblich anerkannt ist (z. B. die landwirtschaftlichen Angestellten).

Danach sind zur Krisenfürsorge weiter zugelassen oder werden nunmehr neu zugelassen auf Grund der Verordnung vom 22. 2. 1929:

1. Für den ganzen Bezirk des Landesarbeitsamtes.

— Zu a bis e ohne Rücksicht auf ihr Alter —

a) Die Angestellten der Land- und Forstwirtschaft,
b) die Angehörigen des Spinnstoffgewerbes (Berufsgruppe 9),
c) die Angehörigen der Berufsgruppe 19 a (Musiker),
d) Heizer und Maschinisten (Berufsgruppe 24),
e) die Maler und Lackierer der Metallindustrie,
f) die ungelernten und angelernten Fabrikarbeiter beiderlei Geschlechts, die in der Zeit vom 1. 1. 1928 ab bis jetzt überwiegend mindestens also 13 Wochen in einem Fabrikbetriebe gearbeitet haben, diese vom vollendeten 24. Lebensjahre ab.

2. Für Teile des Bezirks des Landesarbeitsamtes

a) **für den Bezirk des Arbeitsamtes Breslau.**

Die männlichen Angehörigen der Berufsgruppen 13 (Arbeiter des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes) — die weiblichen Angehörigen der Berufsgruppe 13 e (Tabak- und Zigarrenarbeiterinnen) werden vom vollendeten 25. Lebensjahre ab zugelassen — 17 (Vervielfältigungsgewerbe), 21 a (Post- und Telegraphenarbeiter), 21 b (Eisenbahn- und Straßenbahnarbeiter), 21 d (Fracht-, Lohnfuhrwerk- und Speditionsarbeiter), 21 e (Handelshilfspersonal), 23 a (Tagelöhner und ungelernte Arbeiter), sämtlich vom vollendeten 25. Lebensjahre ab; 20 (Gast- und Schankwirtschaft) männlich und weiblich vom vollendeten 25. Lebensjahre ab.

b) **Für den Bezirk der Stadt Brieg.**

Die männlichen Angehörigen der Berufsgruppe 23 a (Tagelöhner und ungelernte Arbeiter aller Art) mit vollendetem 40. Lebensjahre.

c) **Für den Bezirk des Arbeitsamtes Oppeln.**

Die Angehörigen der Berufsgruppe 13 e (Tabak- und Zigarrenarbeiter), soweit sie als männliche das 30., als weibliche das 25. Lebensjahr vollendet haben.

d) **Für den Bezirk des Arbeitsamtes Ratibor.**

Die Angehörigen der Berufsgruppen 13 e (Tabak- und Zigarrenarbeiter), soweit sie als männliche das 30., als weibliche das 25. Lebensjahr vollendet haben, 13 f (Bäcker und Konditoren), soweit sie das 30. Lebensjahr vollendet haben.

e) **Für die Bezirke der Arbeitsämter Waldenburg und Bunzlau.**

Die Angehörigen der Sandsteinindustrie aus der Berufsgruppe 4 (Industrie der Steine und Erden) ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht.

III. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter sind berechtigt und verpflichtet, die Krisenunterstützung innerhalb ihres Bezirkes für solche Berufe oder Berufsarten einzuschränken, für die sie nach Lage des Arbeitsmarktes entbehrt werden kann.

Bei den auf Grund dieses Erlasses in den Genuß der Krisenunterstützung gelangenden Heimarbeiterinnen ist erforderlich, daß ihr durchschnittliches wöchentliches Arbeitsentgelt während der letzten drei Arbeitsmonate den Betrag von 8 Mark (Lohnklasse I des § 105 AVAVG.) überstiegen hat.

IV. Die durch den vorstehenden Erlaß veranlaßten Erweiterungen der Zulassung zur Krisenunterstützung gelten mit Wirkung vom 25. Februar 1929.

*

Aus diesen Richtlinien ergibt sich, daß die sogenannte „Ausdehnung" der Krisenfürsorge nur ein großer Bluff war, um die Erwerbslosen zu täuschen. Obwohl der Reichsarbeitsminister in seinem Erlaß vom 22. 2. 29 erklärt: „Die starke Verschlechterung, die der Arbeitsmarkt erfahren hat, veranlaßt mich, nunmehr die Krisenunterstützung grundsätzlich auf alle Berufsgruppen auszudehnen", hat er gar nicht diese Absicht in die Tat umgesetzt, obwohl er dazu imstande war, und ihn auch der Reichstagsbeschluß vom 8. Februar dazu ermächtigte. Vielmehr gab er in seinem Erlaß schon die Anweisungen, wie man von seiten der Landesarbeitsämter diesen Erlaß umgehen konnte. Die Landesarbeitsämter haben sich dies auch zunutze gemacht und die Krisenfürsorge nur auf diejenigen Berufe „ausgedehnt", auf die sie durch Sonderermächtigung schon ausgedehnt war. So waren in Schlesien, insbesondere aber in Breslau, fast sämtliche „neu zugelassenen" Berufe zur Krisenfürsorge schon zugelassen. Der Erlaß des Reichsarbeitsministers sowie die Richtlinien des Landesarbeitsamtes bringen also nicht viel neues, außer der Tatsache, daß die Krisenfürsorge bis zum 4. Mai bezogen werden kann, wenn evtl. schon vorher die Höchstbezugsdauer von 39 resp. 52 Wochen abgelaufen ist.

Was haben nun die Erwerbslosenausschüsse in der Provinz zu tun?

Sie müssen darauf achten, daß alle Erwerbslosen, die von der Neuregelung betroffen werden, auch in den Genuß der Krisenunterstützung gelangen. Insbesondere muß dafür gesorgt werden, daß die bereits ausgesteuerten Erwerbslosen wieder in die Krisenfürsorge übergeführt werden. Das Hauptaugenmerk aber ist darauf zu richten, daß nicht etwa von den Vorsitzenden der Arbeitsämter von der Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, die Krisenfürsorge für ihren Bereich einzuschränken. Wo dies der Fall ist, müssen die Erwerbslosen des Bezirkes zu Versammlungen und Demonstrationen zusammengerufen werden, in denen gegen die Haltung der Arbeitsamts-Vorsitzenden Protest erhoben werden muß. Protest erhoben muß aber insgesamt werden gegen die skandalöse Regelung dieser für die Erwerbslosen so wichtigen Frage durch den Reichsarbeitsminister und die Instanzen der Reichsanstalt.

Die Erwerbslosen werden nunmehr erkennen, welch ein demagogisches Spiel von den bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten mit ihnen getrieben wurde. Die Hoffnungen, daß man im Reichstage die große Not der Erwerbslosen anerkennen und für Abhilfe sorgen würde, sind schmählich enttäuscht worden. Die Erwerbslosen werden daraus die nötigen Lehren ziehen. Sie werden sich, mehr als wie es bisher geschehen ist, um ihre Erwerbslosenausschüsse scharen und den Kampf gegen ihre Verelendung auch außerparlamentarisch führen.

Was die Erwerbslosen berichten

Erwerbsloser, welche Zeitung liest Du?

Die bürgerliche kapitalistische Presse, das Blatt der Unternehmer, das Skandal- und Klatschblättchen der Provinz! Gewiß nicht, wir nehmen an, daß Du Deine Groschen nicht den Arbeiterfeinden in den Rachen wirfst!

Liest Du die SPD.-Zeitung? Dann heraus mit ihr! Die SPD. hat das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die schändlichen Ausnahmebestimmungen geschaffen. Sie schmiedete den Hungergürtel für Dich und Deine Familie. Ihre Abgeordneten stimmten gegen die eigenen Anträge, wenn es galt, die Erwerbslosen zu betrügen. Willst Du die Partei des Arbeiterbetruges noch weiter unterstützen?

Du hast bis jetzt die Erwerbslosen-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung" regelmäßig gekauft! Das ist gut, aber es genügt nicht. Nicht einmal in der Woche, sondern

täglich mußt Du die „Arbeiter-Zeitung" lesen!

Von den paar Pfennigen Unterstützung fiel es Dir bisher schwer, das Geld für ein Wochen-Abonnement zu erübrigen. Wenn Du jetzt wieder Arbeit finden wirst oder bereits gefunden hast, mußt Du sofort die „Arbeiter-Zeitung" bestellen. Nur sie hat Deinen Kampf gegen die schändlichen Ausnahmebestimmungen, die elenden Unterstützungssätze, die Schikanen der Behörden unterstützt. Nur sie kämpft für Arbeitslose und Betriebstätige, für bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, rote Betriebsräte, gegen Unternehmerdiktatur, reformistischen Betrug, Schlichtungsschwindel.

Nur sie kämpft mit Dir für den Sieg der proletarischen Revolution! Darum abonniere die „Arbeiter-Zeitung" und wirb für sie. Jeder Leser der kommunistischen Presse wird ein wertvoller Streiter im Kampfe für den Sieg der Arbeiterschaft.

Görlitz

Oeffentliche Anfrage an das Arbeitsamt Görlitz und an das Landesarbeitsamt in Breslau

Von dem Arbeiter Max Kochert in Rauscha, Kreis Görlitz, Saganer Straße 48, geht uns folgendes Schreiben zur Veröffentlichung zu:

„Meine Arbeitslosenunterstützung war am 2. Januar 1929 abgelaufen. Hierauf stellte ich einen Antrag auf Krisenunterstützung. Auf diesen Antrag habe ich bis heute noch keinen Bescheid erhalten, obwohl ich schon zweimal an das Arbeitsamt Görlitz und einmal an das Landesarbeitsamt in Breslau geschrieben habe. Wie lange soll ich noch auf Antwort warten?"

Das ist ein unerhörter Skandal. Es sind drei Monate verflossen, ohne daß man dem Arbeitslosen eine Antwort zustellte. Wir fordern die zuständigen Stellen auf, sich umgehend zu dieser rücksichtslosen Behandlung des Arbeitslosen zu äußern und derartige Mißstände sofort abzustellen.

Glogau

Die Erwerbslosen eine „zugelaufene Horde".

Am Montag fand eine Erwerbslosenversammlung vom ADGB. statt. Der Zweck dieser Versammlung war, mit Hilfe aller Gewerkschaftsvorstände, der Stadtverordnetenfraktion sowie des ganzen SPD.-Apparates, endlich mit dem von den Erwerbslosen gewählten Ausschuß aufzuräumen. Als erster Redner sprach Stanislawski. Er hetzte gegen die Kommunisten. Aber die Empörung der Erwerbslosen zwang ihn, seine Ausführungen schnell zu beenden. Als nächster kam der „Redner ohne Ende", Krakau, und dann Markewicz. In der Diskussion geißelte Kollege Kutzner die SPD.-Politik. Nachher zerpflückte Genosse Jonza, auf den die SPD. besonders schlecht zu sprechen ist, die Argumente der SPD. Er wies auf die verbrecherische Politik der SPD. hin, auf die schändliche Politik der Severing, Hilferding und Wissell, auf die Polizeiattacken der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gegen Erwerbslose. Während der Ausführungen sprang der „Redner ohne Ende" dauernd auf, als säße er auf Federn. Genosse Jonza gab ihm eine Beruhigungspille. Jetzt erhob sich das schwerste Geschütz: G. Schulz. Er entfachte einen Sturm der Empörung, als er zu den Hungernden, die auf die einmalige Osterbeihilfe warten, sagte, er ließe sich von einer hergelaufenen Horde keine Vorschriften machen. Die Erwerbslosen verließen den Saal. Nur mit Mühe gelang es dem Kollegen J., einen Teil wieder zurückzurufen, damit sie sich genau überzeugen konnten, wessen Geistes Kind dieser Schulz ist. Nochmals sprach dann Kochau, aber vergeben. Genosse Jonza wollte im Interesse der Erwerbslosen erfahren, welche praktischen Vorschläge die Gewerkschaftsvorstände für einen gemeinsamen Kampf ausgearbeitet haben. Da waren sie alle platt. Genosse Jonza schlug vor, am Mittwoch mit den Erwerbslosen während der Sitzung zu demonstrieren und die SPD. sollte zu gleicher Zeit die Anträge der Erwerbslosen einreichen. Aber das machten die sogenannten Arbeiterführer nicht mit, damit würde ja das schöne Bild der Stadt Glogau entstellt. Erwerbslose, erkennt endlich: Die Koalitionspolitiker sind Feinde der Arbeiterklasse. Man beschimpft euch als eine „zusammengelaufene Horde". Schulz ist von Grünberg nach Glogau „zugelaufen". Werktätige von Glogau! Tretet ein in unsere Reihen, schließt die Kampffront gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. Abonniert die „Arbeiter-Zeitung", der Sozialdemokratie und dem Bürgertum zum Trotz!

Die ausgesteuerten Erwerbslosen Domke und Heinzel sind vom Arbeitsamt zur Feuerwehr geschickt worden. Sie haben für fünfeinhalb Tage Arbeit sage und schreibe fünf Mark und fünfzig Pfennig am Wochenschluß erhalten. So sieht die „Fürsorge" aus. — In der Sonntagsnummer erscheint der Artikel „Dorado Deutschland". Sichert euch die Zeitung!

Grünberg

Das Arbeitsamt Grünberg im Kampf gegen die Erwerbslosen.

Daß sich auch die Arbeitsämter immer mehr als Organe des kapitalistischen Staates zur Unterdrückung der um ihre Existenz ringenden Erwerbslosen erweisen, zeigen die Intrigen des Arbeitsamtes Grünberg. So wurden die von den Erwerbslosen beschlossenen Sammlungen am Zahltage zur Bestreitung der Unkosten bei Versammlungen usw. auf Betreiben des Arbeitsamtes von der Polizei verboten und ein gesammelter Betrag in Höhe von drei Mark beschlagnahmt. Auch den Zeitungsverkauf vor dem Arbeitsamt versucht man mit allen Mitteln zu unterbinden, indem man den Kollegen die Polizei auf den Hals schickt. Der Zweck ist ersichtlich. Die Erwerbslosen sollen die Zeitung nicht lesen, weil sie die Wahrheit schreibt und die Interessen der Erwerbslosen rücksichtslos vertritt. Die Antwort darauf kann nur sein, daß am kommenden Freitag jeder Erwerbslose eine Zeitung kauft. Als am letzten Sonnabend der Obmann der Erwerbslosen, der Kollege Fritz Laube, auf dem Arbeitsamt erschien, um die Anträge einiger Erwerbsloser zu vertreten, wurde ihm erklärt, daß das Arbeitsamt nicht mehr mit ihm verhandle, weil die Erwerbslosen keinen Vormund brauchen. Kollegen! Hieraus geht hervor, daß auch die Reformisten ihre Hand im Spiele haben. Die Erwerbslosenbewegung unter Führung der Kommunisten ist den Herrschaften unangenehm. Die Erwerbslosen sollen der Führung beraubt werden, damit sie ohne Murren alle Verschlechterungen über sich ergehen lassen. Das darf nicht sein! Stellt euch geschlossen hinter euren Ausschuß und kämpft für eure Rechte. Lest die „Arbeiter-Zeitung".

Falkenberg

Erwerbslosendemonstration

In Falkenberg fand am 14. März eine Erwerbslosendemonstration am Ringe statt. Als Referent war der Genosse Girndt aus Oppeln erschienen. Es wurde eine Wirtschaftsbeihilfe für Ostern von der Gemeinde gefordert, und zwar: für Ledige 15 Mark, für Verheiratete 25 Mark, an Feuerung pro Monat zwei Zentner Kohle, Kleidung, Kartoffeln, Fortfall der Hauszinssteuer und die Zahlung der Miete durch das Wohlfahrtsamt.

Die Demonstranten wählten eine vier Mann starke Delegation zur Verhandlung im Landratsamt. Der Landrat war angeblich nicht da. Die Verhandlungen konnten erst später stattfinden. Der Landrat machte Ausflüchte und sprach von den mangelnden Finanzen. Die Vertreter der Erwerbslosen ließen diese Einwände nicht gelten. Doch der Landrat lehnte alles ab und meinte, man solle Anträge an die Kommunen stellen. Damit dürfen sich die Erwerbslosen natürlich nicht zufrieden geben. Sobald der Ruf kommt, müssen sie erneut zur Protestdemonstration aufmarschieren.

Gräben. Eine Erwerbslosenversammlung fand am Mittwoch, dem 13. März, statt. Als Referent war Genosse Klaba aus Oppeln anwesend. Er sprach ausführlich über die Sonderfürsorge und die Krisenfürsorge. In Gräben ist die Nebenstelle vom Arbeitsamt bei einem Bauern untergebracht. Ein netter Zustand! Ausgezahlt wird in der Küche! Der Bauer hat auch eine Stube zu Verfügung gestellt. Aber er ist schlau! Er bekam vom Arbeitsamt eine Fuhre Kohle, damit er die Stube heizen kann und die Erwerbslosen nicht frieren. Da dachte er, wozu soll ich unnötig in der Stube feuern, da doch in der Küche sowieso gefeuert wird. Dem Verkäufer der Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" macht man die erdenklichsten Schwierigkeiten. Trotzdem setzt er die Zeitung gut ab, da die Nachfrage außerordentlich groß ist.

Krisenunterstützung auch an Staatenlose

Am 19. Februar 1929 ist vom Reichsarbeitsminister eine Verordnung erlassen worden, wonach Staatenlosen ebenfalls die Krisenunterstützung zusteht. Diese Verordnung ist am 25. Februar 1929 in Kraft getreten.

Die nächste Erwerbslosenausgabe

erscheint einen Tag früher, des Karfreitags wegen. Verkäufer, richtet euch darauf ein! Seht sofort Bestellungen auf!

Fragekasten

Neustadt. Eine Verlegung des Erscheinungstages der Erwerbslosenausgabe ist aus den verschiedensten Ursachen nicht möglich. Lediglich die Nummer vor Ostern muß aus Rücksicht auf den Karfreitag bereits einen Tag früher erscheinen. Deinen und dem Wunsch vieler entsprechend veröffentlichen wir heute einen Artikel über die neuen Bestimmungen in der Krisenfürsorge.

Breslau

Heraus zur Massenkundgebung

am 27. März 20 Uhr im „Zentralballsaal". Es läuft der russische Großfilm

10 Tage die die Welt erschütterten
Ansprache, Musik, Rezitation

Eintritt 30 Pf. Karten bei sämtlichen Funktionären des KJVD., ferner in der Buchhandlung Feldstraße 50, im Sekretariat Fischergasse und im Verlag Trebnitzer Straße 50.

KJVD. Rote Jungfront.

Die Breslauer Erwerbslosen um die Beihilfe gebracht

Gestern nachmittag tagte der Ausschuß VIII, um zu dem von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion eingebrachten Antrag auf Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger Stellung zu nehmen. Der kommunistische Antrag fand keine Zustimmung, da er angeblich den Betrag von zwei Millionen Mark erfordert hätte. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der vorsieht 9 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 6 Mark für die Frau und 3 Mark für jedes Kind. Diese Beihilfe sollen aber nur die ausgesteuerten Erwerbslosen sowie die Sozial- und Kleinrentner erhalten. Das bedeutet also, daß nur wenige Tausend Hilfsbedürftige in den Genuß der Beihilfe kommen, die außerdem nur wenige Mark beträgt, von denen die Empfänger nicht wissen werden, was sie damit zuerst machen sollen. Die große Masse der Erwerbslosen aber erhält nichts. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zu dieser „Beihilfe" noch Stellung nehmen.

„Wuwa" statt Wohnungsbau

Während sich die maßgebenden „Größen" den Kopf darüber zerbrechen, wie sie die „Wohn- und Werkraum-Ausstellung" recht nett aufziehen können, hausen die Arbeiter weiter in ihren trostlosen Wohnhöhlen. Ein Arbeiter bewohnt seit zwei Jahren auf der Selenkestraße 27 einen vom Wohnungsamt zugewiesenen Raum, der 2,50 Meter breit und 5 Meter lang ist. Die Familie zählt fünf Köpfe. In dem engen Wohnloch wird gekocht und gewaschen. Die Frau hat erst vor kurzem entbunden. Bei Zuweisung des Raumes war erst ein Kind vorhanden, jetzt sind es deren drei. Jede Woche läuft der Arbeiter zweimal zum Wohnungsamt und fordert die Zuweisung eines größeren Raumes. Aber nichts ist bisher geschehen. Wenn sich dann ein Mann, der dauernd vertröstet wird, zu irgendwelchen Schritten hinreißen läßt, dann schreiben die Herren am grünen Tisch etwas von „Nervosität" und „krankhafter Veranlagung". Es wäre notwendig, daß die Stadt erst einmal mindestens das schlimmste Wohnungselend beseitigt, ehe sie Hunderttausende von Mark hinauswirft für pompöse Ausstellungen.

Selbstmord durch Gasvergiftung

Die 21jährige Stütze O. C. wurde in ihrer Wohnung Jahnstraße tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Gasvergiftung vor.

An alle RFB.-Kameraden!

Die Sammellisten zum Reichstreffen mit schwarzem Aufdruck müssen sofort an die Gauführung abgerechnet werden. Auf diese Listen darf nicht mehr gesammelt werden. Es erscheinen neue Listen mit rotem Aufdruck.

Selbstmord. Gestern wurde die Expedientin W. Schn. in ihrer Wohnung auf der Tamenzer Straße tot aufgefunden. Der Gashahn war geöffnet.

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Lastkraftwagen. Am Dienstagnachmittag gegen 4 Uhr stieß auf der Neuen Sandstraße an der Sandkirche ein Lastkraftwagen mit einem Zuge der Straßenbahnlinie 14 zusammen. Dabei wurden drei Straßenbahnpassagiere leicht verletzt. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt.

Platzkonzert. Die Schalmeienkapelle der Abteilung 6 des RFB. veranstaltet morgen Freitag um 18,30 Uhr ein Platzkonzert auf dem Friedrichsplatz.

Salvarsan im Schrebergarten. Am 10. März 1929 sind im Schrebergartengelände an der Herdainstraße und Arletiusstraße 69 Stück Salvarsan-Ampullen gefunden worden. Diese sind anscheinend aus einem Krankenhause oder bei einem Arzte entwendet.

Tod durch elektrischen Strom. Der Molkereibesitzer Paul Scheloske in Klein-Tschansch ist am Montag gegen 17 Uhr beim Kesselklopfen, wobei er mit einer schadhaften Glühlampe hantierte, vom elektrischen Strom getötet worden.

Versteigerung von Fundsachen. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „An die bisher unbekannt gebliebenen Verlierer und sonstigen Empfangsberechtigten der vom 1. Oktober 1927 bis Ende März 1928 hier eingelieferten Fundsachen, für welche die Finder ihre Rechte zugunsten der hiesigen Gemeindebehörde abgetreten haben, ergeht auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen hiermit die Aufforderung, sich zur Geltendmachung etwaiger Rechte bis zum 26. April d. J. im Fundbüro des Polizeipräsidiums, Schweidnitzer Stadtgraben 5/7, Zimmer 104, zu melden, widrigenfalls Sonnabend, den 27. April d. J. um 9 Uhr im Hofe des Dienstgebäudes, Schweidnitzer Stadtgraben 5/7, die öffentliche Versteigerung erfolgen wird. Der an Stelle der Fundsachen tretende Versteigerungserlös wird demnächst nach Abzug der Kosten an die hiesige Stadtgemeinde abgeliefert werden. Zu der angegebenen Versteigerung werden Kauflustige hiermit eingeladen."

Mittelschlesien

Ohlau. Erwerbslosenversammlung des Kreises Ohlau. Die Erwerbslosenräte gaben bekannt, daß Arbeitersekretär Manche zu der Versammlung nicht erscheint, weil er eine Einberufung der Versammlung nicht für notwendig gehalten hat. Das glauben wir, daß Sekretär Manche die Not der Erwerbslosen nicht mitfühlen kann, denn er kriegt sein Gehalt, ob nun viel oder wenig Arbeit ist. Genossin Ullrich aus Berlin sprach in einem eineinhalbstündigen Referat über die Schandtaten der SPD., über die Rationalisierung, die Ausbeutung der Arbeiterschaft, das Erwerbslosenschandgesetz, über Streik und Aus[illegible]ung, das Schlichtungswesen und über das neue Strafgesetzbuch. Sie schloß das Referat mit der Aufforderung, den Kampf gegen die kapitalistische Regierung aufzunehmen und sich einzureihen in die revolutionäre Front. Der stürmische Beifall hat gezeigt, daß diese Worte in den Herzen der unterjochten Erwerbslosen das richtige Echo gefunden haben. Nach kurzer Aussprache ging es zur Wahl der Kreiserwerbslosenräte. Es wurden gewählt von Ohlau Herberg und Gunstle, von Peisterwitz G. Proske, von Gaulau Kern und Möbert Ernst. Hierauf wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Sachwitz. Am 19. März hatte die SPD. zu einer Versammlung aufgerufen, die schlecht besucht war. Man hatte sich die Reichstagsabgeordnete Frau Ansorge aus Waldenburg herangeholt, die sollte die Wunden wieder heilen, die sich bei der SPD. in Sachwitz bemerkbar machen. Sie sprach über den großen sozialen Fortschritt und die schöne Sozialpolitik in Deutschland und brachte dabei zum Ausdruck, daß in Deutschland für alle Arbeiter gesorgt sei. Frau Ansorge sprach aber nichts über die Taten der SPD. von 1919. Genosse Oder ergänzte dies und bewies ihr, daß die SPD. in der Steuer- und Erwerbslosenfrage eine elende Verräterrolle gespielt hat und auch, warum sie gegen ihre eigenen Anträge im Reichstag gestimmt hat. Er bat die Rednerin auch, den Versammlungsbesuchern einmal bekanntzugeben, wie hoch die Ministergehälter und die Pensionen der abgetakelten Minister und Offiziere sind. Sie gab aber keine Antwort darauf. Nach mehreren Zwischenrufen stammelte sie im Schlußwort lendenlahme Ausreden. Sachwitzer Arbeiter, hättet ihr einigermaßen die Augen offen, dann würdet ihr euch beizeiten von dieser Sorte Arbeitervertreter lossagen. Tretet ein in die Kommunistische Partei, lest die „Arbeiter-Zeitung", kämpft geschlossen für ein Sowjetdeutschland.

Peisterwitz. Daß Sozialdemokraten nicht bloß die beste Stütze der Kapitalisten sind, ist bekannt, daß sie aber ebensolche gerissene Fälscher sind, wenn es gilt, ihre arbeiterfeindliche Politik zu verteidigen, dürfte bald ebenso bekannt sein, denn dazu geben sie sich große Mühe. In der Freitag-Nummer der „Volkszeitung" berichtet ein Schreiberlein aus dem Gemeindebüro über die letzte Gemeindevertretersitzung unter der Ueberschrift „Kommunisten lehnen den eigenen Antrag ab". Was ist nun wahr? Der Punkt 9, liebe Schlafmützen, lautet nicht „Beschlußfassung über die Anträge der Arbeitslosenversammlung", sondern „Bewilligung von 45 000 Mark für die Erwerbslosen". Da ein solcher Antrag von den Erwerbslosen nicht gestellt wurde, hatten die Kommunisten es auch nicht nötig, dafür zu stimmen, zumal dieser Antrag nur durch den Herrn Vorsteher, den kleinen Löbe, der sich von seinem großen Bruder nur dadurch unterscheidet, daß er nicht „Horch", sondern den deutschen, jetzt amerikanischen „Opel" fährt, gestellt wurde, um die Gemeinde bzw. Steuerzahler gegen die Erwerbslosen aufzuputschen. Solche Gemeinheiten unterstützen Kommunisten natürlich nicht. Aber die Kommunisten forderten doch nach der Abstimmung die Beratung des kommunistischen Antrages, welcher folgendermaßen aussah:

1. Finanzielle Hilfe für langfristige Erwerbslose.
2. Schulentlassungsbeihilfe für alle Familien, in denen Kinder die Schule verlassen und der Versorger erwerbslos ist.
3. Mietenbeihilfe.
4. Erhöhung der Richtsätze in der Wohlfahrtsfürsorge.

Warum wurde dieser Antrag nicht zur Beratung gestellt, trotz der Forderung der KPD.? Weil dann euer Schafpelz gefallen und der Wolf zum Vorschein gekommen wäre. Ueber solche Gemeinheiten werden euch auch die öligen Redereien nicht weghelfen. Dann hat es den patentierten „Vertretern" des werktätigen Volkes der Punkt 4 angetan, weil die Kommunisten den Antrag eines Kleinbauers auf Steuerniederschlagung unterstützt haben. Wie liegt die Sache? Der Antragsteller, ein Besitzer von ungefähr 40 Morgen Land, ist in Not geraten. In kurzer Zeit ist ihm ein Pferd gefallen, ebenso eine Kalbe und zwei kleine Schweine. Er hat eine Familie von Frau und sieben Kindern. — Ueber alle Anwürfe zu schreiben, lohnt sich kaum. Nur die größten Lügen wollen wir noch feststellen. Daß ein Genosse persönlich beim Vorsteher gewesen sein soll, zwecks eines Gesuches für die Schupo, ist nicht wahr. Dann sollen in Steindorf von Kommunisten auch solche Anträge gestellt sein. Es gibt ja in Steindorf noch keine KPD. Aber nach längerer Tätigkeit einer sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung wird sich bestimmt eine entwickeln. Als Berichterstatter der „Volkszeitung" kommen zwei Gemeindeangestellte in Frage, welche, da ihnen die Schreibmaschine der Gemeinde und natürlich auch die Zeit zur Verfügung steht, recht viel schreiben müssen, daher auch nicht auf Qualität achten können. Alles in allem gleichen sie aufs Haar ihrem Herrn und Meister, welcher 1921 mit einem alten Tretrad ankam, nachher Motorrad fuhr, heute „Opel"- und nächstes Jahr „Horch"-Fahrer sein wird, gemäß dem deutschen Reichsmuster P. Löbe. In der sogenannten sozialdemokratischen Verwaltung der Gemeinde hat er so von seiten Herrn Linkes deutschnationalem Stabe keine Schwierigkeiten zu erwarten, und darum ist seine Parole: Mundtotmachung der Kommunisten.

Meise und der Unternehmersyndikus unter einer Decke

Brotlosmachung der oppositionellen Kollegen!

Breslau, 21. März.

Wir meldeten gestern, daß der aus dem Baugewerksbund ohne jegliches Verfahren ausgeschlossene Genosse Kolberg nicht mehr auf seiner früheren Baustelle („Eigenheim") eingestellt wurde, obwohl er Baudelegierter ist und den Schutz des Betriebsrätegesetzes genießen müßte.

Heute werden uns weitere Fälle gemeldet, aus denen klar hervorgeht, daß der reformistische Ortsvorstand des Baugewerksbundes mit Meise an der Spitze nicht bloß seine Getreuen gegen die oppositionellen Kollegen aufhetzt, sondern selbst mit dem

Syndikus des Unternehmerverbandes, Dr. Reuß,

Hand in Hand zu arbeiten versucht. Es sei der Breslauer Arbeiterschaft in Kürze folgendes mitgeteilt:

Unter den vielen Bauarbeitern, die bei der Firma Wertheim nach Arbeit anfragten, befand sich auch der oppositionelle Kollege Haase. Der Polier forderte alle Bauarbeiter auf, später nochmals anzufragen, dem Haase aber sagte er:

Für Sie haben wir überhaupt keine Arbeit!"

Um die Bedeutung dieses Vorfalles richtig einschätzen zu können, muß man wissen, daß Haase noch nie bei Wertheim gearbeitet hat und unter normalen Umständen dem Polier unbekannt sein müßte.

Der oppositionelle Kollege Rückert war bei der Firma Dyckerhoff & Widmann beschäftigt. Er war erster Baudelegierter. Als er jetzt wieder zur Arbeit kommen wollte, wurde ihm vom Polier erklärt, daß er nicht eingestellt wird. Um nicht zu verhungern, trat Rückert dem christlichen (!) Verbande bei (diesen Schritt können wir keinesfalls billigen. Die Red.) und wurde dann erst eingestellt.

Der sozialdemokratische Kollege Kollender war beim Wertheimbau beschäftigt; auch er war erster Delegierter. Er wurde ebenfalls nicht wiedereingestellt. Der Prokurist Schreyer vom Wertheimbau war wohl bereit, sich den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu fügen und den Kollender einzustellen, hatte aber Bedenken und forderte Kollender auf, am Dienstag wiederzukommen. Am Dienstag erzählte Schreyer dem Kollender, daß in der Zwischenzeit der Syndikus des Unternehmerverbandes, r. Reuß, ihn angefragt habe, ob er, Schreyer, die Absicht habe, Kollender wieder einzustellen. Als er diese Frage bejahte, machte ihn Reuß aufmerksam, daß

der Baugewerksbund in diesem Falle Schwierigkeiten machen

werde. Schreyer hatte natürlich keine Veranlassung, sich besonders für einen oppositionellen Delegierten ins Zeug zu legen. Er ließ die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter über die Frage der Wiedereinstellung Kollenders abstimmen. Da Wertheim in diesem Jahre viele neue Arbeiter angelegt hat (in der Zeit, wo die alten noch arbeitslos sind!), die Kollender nicht kannten, glaubten sie den Erzählungen des Meise-Freundes Baumgart (ebenfalls, wenn auch nicht ordnungsgemäß gewählter, Delegierter), daß es sich bei Kollender um einen Unorganisierten handle. (In Wirklichkeit ist Kollender jetzt Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes.) Aus diesen Ursachen ergab die Abstimmung mit 20 gegen 9 Stimmen den Beschluß auf Nichtwiedereinstellung.

*

Den Kommentar wollen wir uns heute sparen, insbesondere da wir in den nächsten Tagen zu den Vorgängen im Baugewerksbund laufend Stellung nehmen werden.

Einen Fall aus der Vergangenheit Meises wollen wir noch erwähnen, um zu zeigen, daß

Meise selbst mit dem Stahlhelm Verbindungen anknüpft

auf der Suche nach Mitteln zur Erledigung der Opposition. Der Fall trug sich im vergangenen Jahre zu.

Auf einer Baustelle war u. a. ein Mitglied des Stahlhelms beschäftigt. Gelegentlich eines Gesprächs erzählte dieser Stahlhelmer einem freigewerkschaftlichen Funktionär des Baugewerksbundes, daß der Kollege Gorezki, der schon damals in Opposition zu Meise und der Ortsverwaltung stand, Mitglied des Stahlhelms gewesen sei. Gleichzeitig forderte der Stahlhelmer den Funktionär auf, Meise mitzuteilen, daß er bereit sei, weitere Mitteilungen über Gorezki zu liefern. Der Funktionär teilte die Angelegenheit dem Angestellten Meise mit, und Meise griff sofort zu. Meise scheute sich nicht, mit dem Stahlhelm in Verbindung zu treten, um Material gegen einen unbeliebten Verbandskollegen zu suchen. Er gab dem Funktionär ein an den Stahlhelmer gerichtetes Schreiben mit. Zu seinem Leidwesen mußte er allerdings später erfahren, daß nicht der von ihm verhaßte Gorezki, sondern ein anderer Gorezki Mitglied des Stahlhelms gewesen war.

*

Bauarbeiter, setzt diesem Terror der reformistischen Ortsverwaltung den schärfsten Widerstand entgegen! Fordert die Wiedereinstellung der gemaßregelten Kollegen! Uebt Solidarität! Sie sind für euch eingetreten, tretet nun für sie ein! Haltet fest zusammen, um den einzelnen vor Brotlosigkeit zu schützen! Kommt am

Freitag, dem 22. März, in den „Bergkeller"

zu der von der Opposition einberufenen Versammlung, um dort die weiteren Schritte zu beraten. Lest aufmerksam die „Arbeiter-Zeitung", die euch über alles auf dem laufenden halten wird.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— Stadtteil Ost. Freitag 20 Uhr im „Webschloß" Mitgliederversammlung. Fortsetzung des Diskussion über den 6. Weltkongreß.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Ortsgruppe Breslau. Donnerstag 20 Uhr Funktionärkursus im Lokal „Zum Eisenkönig", Holteistraße.
— Nord. Freitag 20 Uhr Funktionärsitzung. Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht. Bei L. H., Kreuzstraße.
Görlitz. Freitag fällt der Heimabend aus. Wir treffen uns alle pünktlich um 20 Uhr am Nikolaiturm.
Liegnitz. Freitag 20 Uhr Gruppenabend.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau
— Gruppe Ost (Rosa Luxemburg). Freitag 18 Uhr bei Cichos, Kloster-, Ecke Königgrätzer Straße, Gruppenabend. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
— Donnerstag 19,30 Uhr Sitzung aller G.-O.-Leute im Gaubüro, Fischergasse.
— Abt. 2. Freitag 20 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Melzig, Uferstraße.
— Abt. 6. Freitag 18,30 Uhr Platzkonzert Friedrichsplatz. Alle Kameraden erscheinen um 18 Uhr in Bundeskleidung bei Banke, Friedrichstraße.
Klein-Mochbern. Donnerstag 20 Uhr Versammlung aller RFB.-Kameraden.
Strehlen. Sämtliche Kameraden beteiligen sich an der Demonstration der Partei Sonnabend 18 Uhr vom Reitplatz aus. Kapelle ebenfalls.
Liegnitz. Sonnabend Abfahrt der Radfahrer nach Goldberg, 16 Uhr ab Friedrichsplatz; Kapelle und Spieler Abfahrt 17 Uhr beim Arbeitsnachweis.

Rote Jungfront

Waldenburg. Abt. 1. Freitag 19 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend im „Eisernen Kreuz", Altwasser. Alle Kameraden treffen sich um 18 Uhr in Ober-Altwasser.

Sonstige Organisationen.

Breslau
— Tennis-Abteilung der Freien Turnerschaft. Freitag 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Versammlung. Mit der diesjährigen Spielsaison beginnen wir am 1. April. Spiel- und Platzeinteilung steht auf der Tagesordnung. Sehr wichtig! Jeder muß daran teilnehmen. Interessenten sind eingeladen.
Freiburg. Freie Turnerschaft und Arbeiter-Wassersportverein. Sonnabend 20 Uhr Außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthof „Zum Kronprinz". Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Vorstands- und Festausschußsitzung eine Stunde vorher.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Alt und Jung lacht in „Zirkus Chaplin"

Wie immer, um 5 und 8 Uhr

CHANG

das Leben im Dschungel

und **Charlie Chaplins** größtes Werk

ZIRKUS

Jugend gestattet

50 Pfennig Einheitsplatz mit Ausweis

Sonntag, den 24. März, läuft nochmals der Film

Der Fall der Sonja Petrowa

§ 218, Abtreibung vor dem Volksgericht

Geschlossene Vorführungen 5, 7, 9 Uhr

Vortrag des Frauenarztes Dr. Kleemann

Vorverkauf an der Kinokasse. Sichern Sie sich einen Platz

Waldenburger Bergland

Tödliche Grubenunfälle

Im Betriebe des Tiefbauschachtes wurde der Schlepper Gustav Opitz aus Dittmannsdorf vom Förderkorb tödlich zerquetscht. — Auf der Fuchsgrube wurde der Tagearbeiter Oskar Dehmel durch herabrollende Stämme tödlich verletzt.

Schenkendorf. Unhaltbare Zustände. Ein Arbeitsloser schreibt uns: Die Erwerbslosen waren am 12. März aufgefordert worden, am Mittwoch, dem 13. März, Gemeindearbeit zu verrichten, die auch ausgeführt wurde. Der Herr Gemeindevorsteher weigerte sich aber, den Gemeindetarif zu zahlen. Ferner passierte es einem Erwerbslosen, der regelmäßig in der Woche vom 10. bis 16. März stempeln ging, daß ihm von dem „gutmütigen" Gemeindevorsteher das ihm zustehende Geld nicht ausgezahlt wurde. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er ihn habe abmelden müssen, da er gearbeitet haben soll. Die Erwerbslosen fragen den Gemeindevorsteher, wie er sich das eigentlich vorstellt, daß ein Erwerbsloser, der von 11 bis 12 Uhr stempeln geht, arbeiten kann? Auch sonst herrschen bei dem Gemeindevorsteher sonderbare Zustände. Wenn nämlich jemand in dem Gemeindebüro etwas zu erledigen hat, dann mengen sich die Familienangehörigen des Gemeindevorstehers, die doch im Büro nichts zu sagen haben, mit in alle Angelegenheiten hinein. Wir ersuchen den Gemeindevorsteher, mit diesen Zuständen aufzuräumen. Außerdem möchten wir noch erwähnen, daß bis jetzt die Vertreitersitzungen niemals bekanntgegeben worden sind, und wir verlangen, daß dies von jetzt ab geschieht!

Oberes Revier

Die „Trommler" in Gottesberg!

Vor übervollem Saale konnten „Die Trommler" im Gottesberger Schützenhaus ihre politische Revue in die Ohren der Anwesenden trommeln. Der starke und spontane Beifall bewies, daß „Die Trommler" mit ihrem Programm den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Besonders sei hervorgehoben: „Die Pressehure", „Die Oberschlesierhymne", der Leiermann mit seiner politischen Satire sowie die „Bauch-raus-Hymne" der SPD. mit dem famosen Text: „Für'n Sechser national, für'n Sechser liberal, für'n Sechser klerikal und für'n Sechser sozial, mit 'nem Schuß Kamillentee jut verrührt — jibt SPD." Jawohl! Jeder Prolet versteht diese einfachen Texte, welche die Rechtsparteien bis zur SPD. so richtig charakterisierten, und deshalb gerade können wir von einem vollen Erfolg der Veranstaltung sprechen.

Genosse Müller hielt eine kurze Ansprache, die in den Ruf ausklang: Reiht euch ein in die rote Klassenfront, kämpft mit der Kommunistischen Partei für eine bessere Gesellschaftsordnung. Hundertstimmig erschollen die „Hoch"-Rufe auf die Kommunistische Partei. Mit dem Gesang der Internationale wurde der ernste Teil der Märzgefallenenfeier abgeschlossen. Alles in allem ist zu sagen, daß es ein gelungener Abend war. — Der Arbeiter-Gesangverein hatte sein Stiftungsfest im Hotel „Glückauf", und die führenden Sozis werden es kaum verschnaufen können, daß sie infolge unserer starkbesuchten Feier einen fast leeren Saal hatten. — Zum Schluß der Märzgefallenenfeier gab Genosse Müller noch bekannt, daß zum 1. Mai „Die Trommler" wieder mit vollständig neuem Programm in Gottesberg auftreten werden. Weiter wies er darauf hin, daß nächsten Sonntag ein öffentlicher Kameradschaftsabend seitens des RFB. ab 14 Uhr im „Schützenhaus" stattfindet. Jedem Teilnehmer an der Feier wird es zum Bewußtsein gekommen sein, daß er von nun an in die rote Klassenfront gehört und Leser der „Arbeiter-Zeitung" werden muß.

Freiburg

Polsnitz. „Sumpfgestalten im Sonntagsanzug!" Unter dieser Ueberschrift brachte die „Bergwacht" in Nummer 59 am 11. März einen Bericht von der Erwerbslosenversammlung am 4. März in Polsnitz. Der Bericht strotzte von Gemeinheiten. Der Tatbestand ist folgender: Die kommunistische Gemeindefraktion beantragte in einer der letzten Gemeindevertretersitzungen, an die Erwerbslosen Kohle zu verabfolgen. Dieser Antrag fand auch einstimmige Annahme. Nun brachte die „Bergwacht" einen Bericht, wonach die SPD. den Antrag gestellt hätte. Es war meine Pflicht, daß ich diese unverschämte Lüge in der Erwerbslosenversammlung energisch zurückweisen mußte. Diesen Maulhelden fehlt der Mut, uns in öffentlicher Versammlung gegenüberzutreten, uns hinterrücks in der Zeitung mit Gift und Galle zu begeifern, ist natürlich leichter. Auf das übrige Geschreibsel der „Dreckwacht" einzugehen, will ich mir schenken. Möchte nur noch bemerken, daß man in ihren Reihen mehr Sumpfgestalten finden kann, als in unseren. Die Erwerbslosen stehen trotz alledem hinter ihrem selbstgewählten Ausschuß. Daß so ein kleiner Kläffer aus Polsnitz die Geschmacklosigkeit besaß, Teilnehmer der Demonstration mit „Vagabunden" zu bezeichnen, das sei nur nebenbei bemerkt, aber auch dieses kann und wird die Bewegung nicht aufhalten. Der Erwerbslosenausschuß von Polsnitz: Otto Weigel, Vorsitzender.

Landeshut

Schömberg. Die Arbeiter sollen sich selbst entlassen. In der Wienerschen Weberei in Schömberg sollten am Sonnabend, dem 16. März, neun Mann gekündigt werden. Herr Wiener hatte aber nicht den Mut, den Arbeitern selbst zu kündigen, sondern in einem Anschlag wurde den Arbeitern eröffnet, sie sollten eine Kommission von fünf Mann wählen, diese sollten dann den Arbeitern kündigen, evtl. vorschlagen, welche Arbeiter entlassen werden sollten. Die Arbeiter aber hatten keine Lust, sich selbst zu entlassen, und die Kommission kam nicht zustande. Daraufhin ließ die Firma bekanntmachen, daß ab 1. April nur noch zwei Tage in der Woche gearbeitet wird (bisher drei Tage). Die Erwerbstätigen sehen daraus, wie nötig es ist, in einer Front mit den Erwerbslosen den Kampf aufzunehmen für Beschaffung von Arbeit und Brot.

Striegau

Arbeitswiederaufnahme in den Steinbrüchen. In einigen Betrieben wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Einige Betriebe haben 30 Prozent wieder bestellt, andere 50 Prozent. Ein Teil liegt noch auf der Straße, und wird noch Wochen auf Einstellung warten müssen.

Niederschlesien

Die „Räteregierung" in Petersdorf

Vereinte bürgerliche und sozialdemokratische Hetze gegen den Erwerbslosenrat

Die Massenarbeitslosigkeit hat auch die Erwerbslosen in Petersdorf im Riesengebirge zu einem festen Kampfblock zusammengeschweißt. Ein unter kommunistischer Führung stehender Erwerbslosen-Ausschuß, getragen von dem Vertrauen aller Erwerbslosen ohne Unterschied der Partei stellte Forderungen an die Gemeindevertretung im Lebensinteresse der Erwerbslosen und verlieh diesen Forderungen durch wuchtige Demonstrationen entsprechenden Nachdruck. Als am 1. März eine Erwerbslosenversammlung, die im Gerichtskretscham tagte, in einer Resolution den Rücktritt der Gemeindevertretung sowie des Verwaltungsausschusses verlangte und zum Ausdruck brachte, daß nur die kommunistischen Gemeindevertreter, die bisher die Interessen der Erwerbslosen vertreten haben, ihr Vertrauen genießen, da ging dem Bürgertum der Arsch mit Grundeis ab. Die gesamte bürgerliche Presse, angefangen von der „Schlesischen Zeitung" bis zum kleinsten Provinzblättchen, brachte Hetzartikel gegen den Erwerbslosenrat, der als Räteregierung bezeichnet wurde. Nun, diese Bezeichnung, auch wenn es die Journaille höhnisch in Gänsefüßchen setzt, ist ein Ehrenzeugnis für den Erwerbslosenrat, das bestätigt, daß er die Interessen der Erwerbslosen rücksichtslos vertreten hat.

Bei der allgemeinen Hetze gegen die Interessenvertretung der Erwerbslosen marschiert die SPD. wieder einmal an der Spitze. Sie veröffentlicht in der „Volkszeitung für das Riesengebirge" einen zwei Spalten langen Hetzartikel, betitelt „Die „Räteregierung" von Petersdorf, der Kapitalist der lachende Dritte".

Mit einer nicht zu überbietenden Schäbigkeit werden die hungernden Erwerbslosen von dem „sauberen" sozialdemokratischen Journalisten durch den Kakao gezogen. Genosse Ende und andere führende Genossen werden persönlich verleumdet und beschmutzt. Mit welchen „politischen" Argumenten der Kampf geführt wird, beweist das Argument: Genosse Ende sei, wie böswillige Zungen behaupten, ein Jahr die Miete rückständig. Mit solchen lächerlichen und widerlichen Mitteln und Mittelchen soll das Vertrauen zu den Führern der Erwerbslosenbewegung untergraben werden. Doch nicht nur die Führer der Erwerbslosen, auch die Erwerbslosen selbst werden verleumdet und lächerlich gemacht. Die Demonstration der Erwerbslosen wird verhöhnt. Der Berichterstatter macht sich lustig über die empörten Rufe der verzweifelten hungernden Erwerbslosen gegen die Polizei. Auf derselben Höhe stehen die Argumente des sozialdemokratischen Schmocks gegen die angebliche Undurchführbarkeit der Forderungen der Erwerbslosen sowie die aufgemachte Milchmädchenrechnung. Die Erwerbslosen wissen am besten, wie weit sie bei dem strengen Winter unter langer Kälteperiode mit dem zugewiesenen Quantum Kohle von ein bis zwei Zentnern gereicht haben. Zudem muß der Artikelschreiber selbst zugeben, daß nicht alle Erwerbslosen, sondern nur 85 von der Gemeinde als bedürftig angesehene verheiratete Erwerbslose die Kohlenbeihilfe erhalten haben. Bedürftig aber sind alle Erwerbslosen, ob ledig, ob verheiratet. Deshalb lag die kommunistische Forderung im Interesse aller Erwerbslosen. Der Gemeindevorstand hatte als Hilfe für die Erwerbslosen vorgeschlagen, 800 Mark von der Gemeinde und 800 Mark vom Kreise, welche bereits zugesagt waren, zu bewilligen. Genosse Ende bekämpfte diese unzulängliche Forderung und beantragte, 2200 Mark von der Gemeinde und 800 Mark vom Kreise zu gewähren. Für diesen Antrag unseres Genossen Ende sprachen sogar die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Talke, Riegel und Kreisel. Als dann aber der stellvertretende Gemeindevorsteher Wunsch eine wütende Hetze gegen diesen Antrag entfaltete, wurde der kommunistische Antrag abgelehnt. Diese Ablehnung hat unter allen Erwerbslosen lebhafte Empörung hervorgerufen. Dem Gemeindevorsteher ist heillose Angst in die Knochen gefahren. Deshalb ließ er am Reichserwerbslosentag die Polizei holen und weigerte sich, den Erwerbslosen Rede und Antwort zu stehen. Wenn das sozialdemokratische Blättchen zum Schluß den Staatsanwalt gegen unsere Genossen hetzt und die Behauptung aufstellt, unsere Genossen hätten den SPD.-Vertretern mit Tätlichkeiten gedroht, so ist das eben so eine niederträchtige Unwahrheit wie gemeine Denunziation. Die Erwerbslosen werden wissen, wie sie solche „Arbeitervertreter", die erst in trauter Gemeinschaft mit den Bürgerlichen Erwerbslosenforderungen lächerlich machen und niederstimmen und dann noch dem Staatsanwalt schreien, einzuschätzen haben. Mag das Bürgertum mit seinen sozialdemokratischen Lakaien weiter gegen die „Räteregierung" schreien, die Räteregierung genießt das uneingeschränkte Vertrauen aller Erwerbslosen und Notleidenden und wird gestützt auf dieses Vertrauen weiter kämpfen.

Görlitz

Wittichenau OL. Wie uns berichtet wird, hat sich am Donnerstag, dem 14. März d. J. ein grotesker Vorfall ereignet, der beweist, daß die Dummen auch in Wittichenau nicht alle werden. An diesem Tage sollte das uneheliche Kind der Arbeiterin A. R., Kottener Straße, in der hiesigen Kirche von der Erbsünde befreit werden und in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche aufgenommen werden. Diese gottgefällige Handlungsweise sollte 16,30 Uhr stattfinden, wozu sich der „Hochwürden" Scholze bereiterklärt hatte. Das Taufgeleit erschien schon vor der festgesetzten Zeit mit dem kleinen „Sündenbock" in der katholischen Kirche. Nach längerem Warten kam der Glöckner. Auf Befragen, ob der „Hochwürden" nicht bald erscheinen werde, wurde vom Glöckner erklärt: „Die Herren sind gar nicht zu Hause. Wo Hochwürden Scholze ist, weiß ich nicht, der Kaplan jedoch ist spazieren gegangen. Nachlaufen tu ich nicht, denn Scholze schnauzt mich dann jedesmal an!" Der kleine Teufel, der erst kaum drei Tage vorher in diesem Jammertal angekommen war, wurde des langen Wartens selbst schon ungeduldig und brachte dies durch sein Sprachorgan zum Ausdruck. Wo war aber nun Hochwürden Scholze? — Bei Bulang, Kottener Straße, zum Schlachtfest! Da das besagte Schlachtfest, bei dem Hochwürden für sein leibliches Wohl sorgte, in allernächster Nähe des Geburtshauses stattfand, hatten die Bewohner der Kottener Straße eine nicht mißzuverstehende Haltung eingenommen, wobei Scholze mit allen möglichen „Kosenamen" bedacht wurde. Dies mußte dem Gottesdiener zu Ohren gekommen sein, er fühlte sich gekränkt, führte jedoch den Auftrag aus. — Einwohner von Wittichenau, laßt euch nicht mehr länger von den Pfaffen an der Nase herumführen. Spart euch das Geld an Gebühren für Taufen, Trauungen usw. Wißt ihr, daß heute die katholische Kirche hundert Prozent mehr staatliche Zuschüsse bekommt, als im Jahre 1913 unter der Regierung Wilhelms, des Gefürmten? Darum heraus aus der Kirche und hinein in den Freidenkerverband und die Kommunistische Partei!

Helft mit, euren Kindern eine bessere Zukunft zu schaffen in einem freien Arbeiterstaat!

Grünberg

Bangewerksbund Grünberg.

Trotz der wichtigen Tagesordnung, wie Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen, war die Versammlung schlecht besucht. Das ist ein Zeichen des wachsenden Indifferentismus infolge der Passivität der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsführer. Der Vorsitzende Kube gab bekannt, daß der Geschäftsführer Philipp noch immer krank sei und an der Versammlung nicht teilnehmen könne. Einige Kollegen verlangten vom Vorstand Aufklärung über die Krankheit des Geschäftsführers, die bereits seit Oktober vorigen Jahres dauert, und Philipp neben seinem Krankengeld auch noch das volle Gehalt bezieht. Auch brachte die Versammlung ihren Unwillen darüber zum Ausdruck, daß Philipp die Mitglieder nicht davon unterrichtet, daß seine Stieftochter, die er ohne Entschädigung zur Erlernung der Büroarbeit einstellte, später bezahlt bekam. Kollege Laube beantragte die sofortige Einberufung einer Bezirksvorstandssitzung, welche die bestehenden Mißstände aus der Welt schaffen muß. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Punkt „Lohnverhandlungen" hätte man annehmen müssen, daß eine „Größe" über diesen Punkt sprechen würde, aber nichts davon. Kollege Laube stellte das Verhalten der Reformisten ins rechte Licht er beantragte für die gelernten Arbeiter 1,20 Mark und für die ungelernten 1,10 Mark pro Stunde, mit dem Endziel, Lohnerhöhung, daß die berechtigten Forderungen nur im Kampf durchgesetzt werden können. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Bauarbeiter, treffl Maßnahmen für den Kampf um eure Forderungen.

Sagan

Achtung! Am Montag, dem 25. März, 14 Uhr, findet im „Apollo"-Saal eine öffentliche Versammlung statt. Der Erwerbslosenausschuß als Einberufer ersucht alle Erwerbslosen, Sozialrentner, Armen- und Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger, an dieser Versammlung teilzunehmen. Es wird der Landtagsabgeordnete Jendrosch, OS., oder Wollweber zu der Frage der „Erwerbslosigkeit als Dauererscheinung" sprechen. Weiter steht die Osterbeihilfe für Stadt- und Kreisgemeinden zur Debatte. Kollegen, der Wichtigkeit halber erscheint alle! Auch die Kreisgemeinden müssen sich weiter aufklären lassen. Ein kurzer Tätigkeitsbericht wird ebenfalls vom Kreis-Erwerbslosenausschuß gegeben werden.

Halbau und Freiwaldau (Kreis Sagan). Beim Zeitungsvertrieb in obengenannten Orten haben wir festgestellt, daß die dortigen Erwerbslosen sehr wißbegierig sind, aber scheinbar zuwenig Aufklärung über die hauptsächlichsten Fragen erhalten. Man zieht es besonders in Freiwaldau vor, die dortigen Erwerbslosen gegen die KPD. aufzuhetzen. Bürokraten und Reichsbannerführer gehen da Hand in Hand. Aber unsere Erfolge sind trotzdem gut. Die Kollegen lassen sich nicht mehr dumm machen.

Haynau

Das Los der Landarbeiter.

Einer der schlechtbezahltesten Arbeiter ist schon seit jeher der Landarbeiter. Zu den niedrigen Löhnen kommen noch die Elendslöcher von Wohnungen, und zuguterletzt noch die meist menschenunwürdige Behandlung durch die Inspektoren und Gutsbesitzer. Als dieser Tage ein Landarbeiter in Adelsdorf krank wurde und ins Krankenhaus mußte, wurde er von dem Gutsbesitzer, bei welchem er beschäftigt war, entlassen. — Landarbeiter, hieraus ersieht ihr, daß ihr wohl gut seid, eure Gesundheit für den Profit der Gutsbesitzer zu opfern, aber wehe dem, der einen menschenwürdigen Lohn fordert oder krank wird, dem droht die Entlassung. Hiergegen müßt ihr Front machen! Diesem Unternehmerterror müßt ihr die organisierte rote Front entgegenstellen! Tretet ein in den Deutschen Landarbeiterverband, werdet Mitglied der KPD. und lest die „Arbeiter-Zeitung"!

Lauban

Geibsdorf, Kreis Lauban. Mit großem Tamtam brachten im Herbst 1928 die Gewerkschaftszeitungen die Mitteilung, daß das Erwerbslosenversicherungsgesetz ein Riesenerfolg der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sei. Die Erwerbslosen hätten nun Rechtsanspruch auf Unterstützung, und die Bedürftigkeitsprüfung falle weg. Wie sieht es aber in Wirklichkeit nach einem Jahre damit schon aus? Sonderunterstützung, Wegfall der Krisenunterstützung für Bauarbeiter und ähnliche Berufe. Zu dieser Verschlechterung haben Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführer Ja und Amen gesagt, mit der Begründung, es sei kein Geld da, die Reichsanstalt mache sonst Pleite. Die neue Verordnung, wonach Ausgesteuerte aller Berufe wieder in die Krisenunterstützung einbezogen werden sollten, gilt nach den Verordnungen des Reichsarbeitsministers für Bauarbeiter und ähnliche Berufe wieder nicht, die können weiter hungern. Aber für diejenigen Kreise, welche jährlich 16 000 bis 18 000 Mark Pension und Ruhegehalt beziehen und nicht bedürftig sind, ist Geld da, es wird ihnen nichts geschmälert. So wird das Gesetz weiter auf der Rodelbahn bergab gleiten, bis zuletzt für uns nichts mehr bleibt, wie das Beiträgebezahlen, damit für sogenannte „bessere Leute" eine Existenzmöglichkeit an Arbeitsämtern und so weiter geschaffen werden kann, welche mit vollen Magen über den Hunger der Erwerbslosen zu bestimmen haben.

Steinau

Das endlich „aufgetaute" Stadtparlament.

Am Donnerstag, dem 14. d. M., wurde über den einzigen gestellten Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosenausschusses auf eine Winterwirtschaftsbeihilfe entschieden. Die Bemühungen des RFB. hatten den Erfolg, daß bereits um 19,45 Uhr der Zuhörerraum überfüllt war. Bei drückender Hitze wurde ein Tagesordnungspunkt nach dem anderen glatt bewilligt und erledigt, bis der Erwerbslosenantrag an die Reihe kam. Es referierte hierzu Frau Slotwinsky vom „alleinseligmachenden" Zentrum; sie unterschlug Punkt 2 des Antrages und kam zum Schluß. Der Antrag sollte abgelehnt werden, da die hierzu notwendigen 10 000 Mark nicht aufgebracht werden können. Auf die nun einsetzenden derben Aufmunterungszurufe reagierte erst die Klingel des Vorsitzenden, dann Angestelltenvertreter Kollege Ulbrich (SPD.) (Das „Gehirn" der „Arbeitervertreter" Gräupner, Fröhlich und Gärtner (SPD.) wird wohl nie richtig auftauen), der den Antrag der Erwerbslosen als unsinnig verwarf und bat, höchstens 3000 bis 4000 Mark für die „ganz besonders notdürftigen" Arbeitslosen mit Bedürftigkeitsprüfung auszugeben. Da hatte er aber schon zuviel gesagt! Nun tauten auch die Bürgerlichen auf und erzählten von ihrer Not. Es kommt eben darauf an, an der richtigen Stelle zu sparen und zu helfen! Da muß man keine 6000 Mark für ein totes Denkmal verpulvern, das Sitzungszimmer und die städtischen Büros nicht überheizen, mit dem Licht nicht verschwenderisch umgehen, überflüssige, teure Beamte, z. B. den Stadtbaumeister, abbauen (bekannt durch seinen jüngsten Witz vom „Auftauen" der Lehmgrube), den Lohnzulagen für Herrn Kuhnad 500-Mark-weise nicht so schnell zustimmen, und in diesem Sinne fort! Würde die SPD.-Fraktion alle diese Böcke nicht mitmachen, könnte Kollege Ulbrich solche Sachen in die Wagschale werfen, so aber muß er sich alles sagen lassen.

Als bei der Niederstimmung des Antrages die Erregung der Erwerbslosen aufs höchste gestiegen war und dieselben kaum noch von Gewalttätigkeiten zurückgehalten werden konnten, verging auch Herrn Schievelbein, dem „ewig Grinsenden", das Lachen derart, daß er sein aus der k. u. k. Zeit behaltenes traditionelles Monokel fallen ließ und die Rettung seiner „Untergebenen" in der polizeilichen Räumung der Tribüne und des Rathauses sah. Doch mußten er und seine Garde sich noch manches offene Wort gefallen lassen. Vor dem Rathause richtete Genosse Wilde vom Erwerbslosenausschuß an die aufgeregte Masse eine kurze, kernige Ansprache, die ausklang: „Einst wird der Tag kommen, da wir die Richter sein werden!" — Arbeiter von Steinau! Ihr und ebenso die notleidenden Handwerker, die Sozial- und Kleinrentner müßt im Herbst richtig wählen! Solange wir noch dieses System haben, müssen wir Vertreter besitzen, die auch tatsächlich für unsere Forderungen eintreten. Das können nur die Kommunisten sein!

Liegnitz

Achtung! Nach einer Verfügung sollen ab 1. April alle Fahrräder mit einem roten Rückstrahler versehen sein, um mindestens auf 150 Meter für überholende Kraftwagen erkenntlich zu sein.

Die Wohlfahrtsverwaltung schreibt einem 23 Jahre alten Arbeiter:

„Ihren Antrag auf Gewährung einer laufenden Unterstützung müssen wir ablehnen. Ihr Vater hat wieder Arbeit und bezieht Tariflohn (wöchentlich rund 30 Mark). Er ist daher in der Lage, Ihren notdürftigsten Unterhalt sicherzustellen. Sollte er sich weigern, Sie wieder in seinen Haushalt aufzunehmen, so stellen wir Ihnen Aufnahme ins Altersheim anheim." —

Hier soll also der Vater für seinen erwachsenen Sohn sorgen, obwohl sein Einkommen kaum für sich reicht. Für die Erwerbslosen hat Liegnitz kein Geld, man braucht es für Denkmäler und ähnliche

Oberschlesien

Auf der Werbung für die „A.-Z."

Ein Genosse aus Patschkau sendet uns folgenden Bericht, der schildert, wie unsere Zeitung großen Anklang und immer größere Verbreitung findet.

Es lohnt sich, einen kleinen Rückblick auf die Kampagne für Partei und Presse zu tun. Im Januar war im allgemeinen ein verhältnismäßig schwacher Vertrieb der „Arbeiter-Zeitung" zu verzeichnen. In unserem Ort wurde die Kampagne mit dem Vertrieb von 100 Wochenendzeitungen und 50 Exemplaren mit der Beilage „Der Erwerbslose" eingeleitet. So manchem fetten Spießer sah man die Erregung an, mit welcher er zu kämpfen hatte, als unsere Genossen, jeder bewaffnet mit einem Stoß „Arbeiter-Zeitungen", den Ring wie auch die angrenzenden Straßen abpatrouillierten, jedem, ob Spießer oder Arbeiter, die Zeitung anbietend. Auch unsere hochwohllöbliche Polizei hatte des öfteren mit uns zu tun, meistens auf Betreiben der SPD. Diese SPDisten interessierten sich besonders für unsere unermüdliche Arbeit und glaubten als Partei der Arbeiterverräter (halt, ich wollte sagen Vertreter) sich verpflichtet, nicht direkt, aber durch Denunzierungen einzugreifen. Der Erfolg war der, daß wir unsere Zeitungen nicht mehr im Stempellokal, sondern auf der Straße verkaufen mußten, und dadurch unser Verkauf von

50 Stück auf 200 Stück erhöht

wurde. Aber nicht nur Erwerbslose und Werktätige interessierten sich mehr als bisher für unsere Presse, sondern auch solche, welche noch nie einen leeren Magen hatten. (Wie nennt man doch nur schnell wieder solche Leute, ich glaube, Spießer wäre der richtige Ausdruck.)

Einige kleine Vorfälle seien hier erwähnt. Kommt da eine bekannte Persönlichkeit, Herr H., übrigens ein „netter Freund" aller Erwerbslosen, und sieht dem Zeitungsverkauf ein Weilchen zu. Von einem unserer Genossen gefragt: „Na, Herr Nachbar, wünschen Sie eine Zeitung?" „Ja, ja, ich werde mir eine mitnehmen, trotzdem, der Kampf ist umsonst, den Sie da führen," war die Antwort. Als nun dieser Herr Anstalten zum Weitergehen machte, indem er sich die Zeitung einsteckte, wurde er daran erinnert, daß die Zeitung 10 Pfg. kostet. Um sich nun aber durch die Wiedergabe der Zeitung nicht zu blamieren, meinte dieser Herr: „Ja, ja, das kann ich auch noch bezahlen, ich dachte, Sie wollten mich nur verhöhnen." Ein anderer Fall. Kommt da der Herr Hugo Schnura, Zementwarenfabrikant, der Persönlichkeit nach sehr gut bekannt, und einer unserer Genossen bietet ihm eine Zeitung an. Er sagte: „Na, da geben Sie mal eine her, ich muß doch mal sehen, was die Arbeiter schreiben, ihr Aester." Dieses Wort kann bekanntlich auch als Kosenamen aufgefaßt werden. Doch der vergangene Sonntag brachte unsere Genossen noch einmal mit diesem Herrn zusammen. Als ein Geschäftsinhaber im Begriff war, unsere Zeitung zu kaufen, kam dieser Herr Schnura und meinte: „Aber Herr ....., das sollen Sie doch nicht, diese Zeitung kaufen." Es wurde ihm aber eine dementsprechende Antwort von dem Geschäftsinhaber zu teil. Da wir uns nun schon einmal mit diesem Herrn beschäftigen, ist es auch angebracht, ihn etwas näher zu beleuchten. Ein in seinem Betriebe beschäftigter Arbeiter war zwei Wochen krank, die Unterschrift, welche er zum Bezuge von Krankengeld benötigte, ist ihm erst nach mehrmaliger Vorstellung gegeben worden. Ausdrücke, wie z. B. „Ihr verfluchte Hornochsen" oder „Ich hau' Ihnen gleich den Sanzahn (wenn ein Arbeiter raucht) aus der Fresse" sind nichts Seltenes. Bei einer Auseinandersetzung mit seinem Nachbar griffen auch einige Frauen gegen ihn ein, was diesen seinen Herrn veranlaßte, hinüberzurufen: „Verfluchte Klauster." Solche und ähnliche Dinge ereignen sich bei diesem „Herrn". Doch für heute wäre es genug; wird es notwendig, so wollen wir diesen Herrn noch besser unter die Lupe nehmen.

Wir werden nun versuchen, die Werktätigen, die des öfteren uns eine Zeitung abkauften, als ständige Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung" zu gewinnen.

Wann liegt ein berechtigter Grund vor, die Arbeit zu verweigern?

Der Paragraph 90 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besagt folgendes:

„Wer sich ohne berechtigten Grund trotz Belehrung über die Rechtsfolgen weigert, eine Arbeit anzunehmen oder anzutreten, auch wenn sie außerhalb seines Wohnorts zu verrichten ist, erhält für die Dauer der auf die Weigerung folgenden vier Wochen keine Arbeitslosenunterstützung."

Wann liegt ein berechtigter Grund vor, die Arbeit zu verweigern? Das Gesetz sagt, wenn der tarifliche Lohn des Berufes oder der ortsübliche Lohn nicht gezahlt wird, die Unterkunft gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist oder die Versorgung der Angehörigen nach § 103 Abs. 2, d. h. wenn der Arbeitslose seinen Angehörigen bis zum Eintritt seiner Erwerbslosigkeit ganz oder überwiegend Unterhalt gewährt hat, hier aber außerhalb seines Wohnortes Arbeit anzunehmen verpflichtet ist, der Unterhalt hinreichend nicht gesichert ist, kann der Arbeitslose die Arbeitsannahme verweigern.

Was der Gesetzgeber hier sagt, wird von den Vorsitzenden und ihren Beamten der Arbeitsämter nicht beachtet. Bei jeder Nichtannahme einer Arbeit wird die Unterstützung auf vier Wochen gesperrt, obwohl der Gesetzgeber dies nicht zuläßt.

Kein erwerbsloser Kollege braucht eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinem körperlichen Zustand nicht zugemutet werden kann. Hierunter fallen die Kriegsbeschädigten und schwachen weiblichen Arbeiter.

Arbeitslose Kollegen! Gebt acht und befragt eure Kollegen vom Erwerbslosenausschuß, wann und wo ihr die Arbeitsannahme verweigern könnt? Wo ein Ausschuß noch nicht besteht, der eure Interessen wahrzunehmen hat, wählt einen solchen. Stellt die Verbindung mit dem Bezirkserwerbslosenausschuß her. Lest die „Arbeiter-Zeitung" mit der Beilage „Der Erwerbslose". Die „Arbeiter-Zeitung" ist euer Kampforgan gegen die Willkürmaßnahmen der Arbeitsämter, gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz überhaupt.

Bezirkserwerbslosenausschuß für Oberschlesien.

Wann ist die Anwartschaft für die Arbeitslosenunterstützung erfüllt?

Wortklauberei bei der Spruchkammer Gleiwitz

In der Sitzung vom 15. März beschäftigte sich die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes in Gleiwitz mit obiger Frage. Es lag folgender Vorfall zugrunde: Der Arbeitslose K. aus Hindenburg hatte sich am 27. Dezember 1928 arbeitslos gemeldet. Er wies eine versicherungspflichtige Beschäftigung von insgesamt 186 Tagen nach, und zwar vom 12. 11. 27 bis 7. 1. 28 und vom 20. 8. 28 bis 26. 12. 28. Trotzdem wurde sein Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß die Anwartschaft nicht erfüllt wäre. Sein Einspruch bei dem Spruchausschuß in Hindenburg wurde ebenfalls abschlägig beschieden. Aus diesem Grunde mußte sich die Spruchkammer in Gleiwitz damit beschäftigen.

Die Erfüllung der Anwartschaftszeit ist nach § 95 des AVAVG. festgelegt.

Der Vertreter des K., Kollege Hartmann, erklärte, daß die Anwartschaft auf Grund des Absatz 2 Artikel 2 dieses Paragraphen erfüllt sei, da, wenn man die Zeit zurückrechnet, 26 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung nachgewiesen sind. Im übrigen beantragte er, daß, wenn sich die Spruchkammer dem Standpunkt des Spruchausschusses anschließen sollte, die Sache an den Spruchsenat des RVA. zu überweisen sei. Der Vertreter der Reichsanstalt erklärte, die Anwartschaft ist nicht erfüllt. Eine Rückrechnung komme nicht in Frage, da der betreffende Abschnitt das Wörtchen „neue" enthalte. Dieses bedinge aber, daß eine alte Anwartschaft bestanden haben bzw. bereits einmal Arbeitslosenunterstützung bezogen worden sein müßte. Die Spruchkammer entschied, die Sache zur endgültigen Entscheidung dem Spruchsenat zu überweisen.

Die Arbeiter, insbesondere die Erwerbslosen, dürften an dieser Entscheidung insgesamt ein Interesse haben. Durch solche Wortklaubereien will man die im AVAVG. enthaltenen Bestimmungen, welche in ihrem Interesse liegen, noch beseitigen. Sie müssen sich auch gegen solche Versuche wenden, denn wer wird es heute bei dieser schlechten Arbeitsmarktlage fertig bringen, innerhalb zwölf Monaten sechs Monate Arbeit zu finden? Ein großer Teil bestimmt nicht. Die Arbeiter müssen kämpfen gegen weitere Verschlechterungen des AVAVG. und für die alte Forderung: Unterstützung für alle Erwerbslosen für die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit!

Hindenburg

Arbeiter — Arbeiterinnen — Angestellte

Am Sonntag, dem 24. März, um 17 Uhr veranstaltet die Ortsgruppe Hindenburg der Roten Hilfe im großen Saale des Lokals Pietzka, Glückaufstraße, eine

öffentliche Kundgebung

zum Gedächtnis der im März gefallenen revolutionären Klassenkämpfer. — Anschließend ein Lichtbildervortrag: 1. Klassenkampf im Wandel der Geschichte. 2. Der neue Strafgesetzentwurf

Zur Deckung der Saalkosten wird ein Eintritt von 20 Pfg. erhoben. — **Erscheint in Massen!**

Mitgliederversammlung der IAH.

Sonnabend, den 23. März, um 19 Uhr findet im Lokal Zimmermann eine Mitgliederversammlung der IAH. statt. Wir ersuchen um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand.

Ratibor

Ausbeutung der Gefangenen im Zentralgefängnis

„Zu deinem Arzt mußt du Vertrauen haben, denn er ist dein bester Freund"

Uns wird von einem entlassenen Gefangenen folgendes mitgeteilt: Die Gefangenen werden mit Arbeiten beschäftigt, die auf Rechnung der Firma Krieger und Stuns gehen. Es werden Lederlatschen, Filzschuhe angefertigt. Jeder neueingelieferte Gefangene wird mit der Herstellung von Latschen beschäftigt. Nach dreimonatiger Lehrzeit wird volles Pensum verlangt, und zwar 24 Paar Latschen. Gefangene, die nicht volles Pensum leisten, werden mit 14 Tage Arrest bestraft, d. h. auf gut deutsch, 14 Tage lang bei Wasser und Brot und schlafen auf harter Pritsche ohne Strohsack und Decke. Die Verhängung der Arreststrafe erfolgt im Sommer wie im Winter.

Die Kost spottet jeder Beschreibung. Man könnte darüber einen ganzen Roman schreiben. Die Behandlung ist ein gutes Beispiel nach dem Spruch: „Zu deinem Arzt muß du Vertrauen haben, denn er ist dein bester Freund!" Wenn ein Gefangener sich krank meldet, so wird er gleich als Simulant gestempelt. Der Vertreter „Gottes" fehlt in dieser Anstalt auch nicht. Er hat für das „Seelenheil" der Gefangenen zu sorgen, vielmehr die Gefangenen zur Unterwürfigkeit zu erziehen. Es ist ein wahrer Hohn, wenn diese Kuttenträger noch in diesen Zwingburgen die Benebelung der Hirne vornehmen dürfen.

Das sind Auszüge aus dem „humanen" Strafvollzug in den deutschen Gefängnissen. Alle Jahre bei den Beratungen des Justizhaushalts quasseln die bürgerlichen und sozialdemokratischen Redner von dem humanen Strafvollzug, während die Kommunisten das wahre Gesicht dieses Strafvollzugssystems aufzeigen. Die konkreten Fälle, die sie anführen, sind eine Anklage gegen den Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung.

Wir Kommunisten sprechen dieser Gesellschaftsordnung ab, die Leute, die ihre Gesetze verletzt haben, zu bestrafen, weil der größte Teil der „Verbrecher" auf die Bahn des Verbrechens durch sie gelenkt wird. Eine Gesellschaftsordnung, die Millionen von Proletariern nicht Arbeit und Brot geben kann, muß verschwinden und Platz machen der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Was wird am 1. April?

Die Bergarbeiter fordern:
7-Stunden-Schicht unter Tage,
6-Stunden-Schicht unter Tage für Jugendliche,
8-Stunden-Schicht über Tage,
1,50 Mark Lohnerhöhung pro Schicht.

Die Unternehmer lehnen ab!
Sie wollen Verlängerung der Arbeitszeit, verschärfte Ausbeutung und niedrige Löhne.

Soll der Schlichter entscheiden?
Er entscheidet gegen die Bergarbeiter, für die Grubenbarone. Die reformistischen, gelben und christlichen Gewerkschaftsführer sind für den Schlichter und gegen die Bergarbeiter.

Bergarbeiter, wollt ihr euch dem Schlichter-Diktat der Unternehmer beugen?
Nein! Deshalb nehmt zu eurem Kampfe Stellung in einer

öffentlichen

Bergarbeiter-Versammlung

am Sonntag, dem 24. März 1929

in **Hindenburg** vorm. 10 Uhr bei Pietzka, Glückaufstraße,
in **Zaborze** vorm. 10 Uhr im Lokal Grünberger,
in **Biskupitz** vorm. 10 Uhr in der Gemeindegaststätte,
in **Mikultschütz** vorm. 10 Uhr auf dem Marktplatz,
in **Beuthen** nachm. 2 Uhr auf dem Moltkeplatz,
in **Miechowitz** nachm. 3 Uhr auf dem Marktplatz,
in **Sosnitza** vorm. 10 Uhr bei Kulawik.

*

Als Redner sprechen revolutionäre Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet und aus Oberschlesien und auch Vertreter der Jugend.

*

Revolutionäre Opposition im Verband der Bergbauindustriearbeiter.
Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Oberschlesien.
Kommunistische Jugend Deutschlands, Bezirk Oberschlesien.

Patschkau

Heraus zur Märzgefallenenfeier

Alle Werktätigen von Patschkau und Umgegend kommen zur „Märzgefallenen-Feier" am Freitag, dem 22. März, um 20 Uhr ins Lokal „Deutsches Haus".

Programm:

Rezitationen, Musik, Ansprache, Theater: „Unser Weg zum Ziel" (in 7 lebenden Bildern), „Opfer des Klassenkampfes" (Revolutionsschauspiel in 2 Akten), „Der Weg nach Osten" (Zwiegespräch) und anderes mehr.

Cosel

Nesselwitz. Oeffentliche Versammlung. Am 14. März wurde von der hiesigen Ortsleitung eine Versammlung anberaumt, die erst in letzter Stunde publiziert wurde, sich aber trotzdem eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Besonders die Erwerbslosen hatten sich zahlreich eingefunden. Das Referat hielt Landtagsabgeordneter Kendrosch. In einer einstündigen Rede führte er die wirtschaftliche sowie die politische Lage Deutschlands den Zuhörern vor Augen. Hauptsächlich die nicht beneidenswerte Lage der Erwerbslosen hob er hervor, ebenso die der Landarbeiter. Stürmischer Beifall belohnte seine Ausführungen, hatte er doch allen aus dem Herzen gesprochen.

Neustadt

Zustände beim hiesigen Arbeitsamt

Am Sonnabend, dem 9. März, wurden dem Erwerbslosenausschuß etliche Beschwerden unterbreitet von solchen Erwerbslosen, welche Alimentengelder zu bezahlen haben. Diesen soll jede Woche ein Betrag vom Arbeitsamt abgezogen werden. Aber der Angestellte Ludwig ist leicht vergeßlich und wartet mit den Abzügen immer drei bis vier Wochen. Nachher sucht er seine Fehler gutzumachen, indem er die Unterhaltungsgelder für die ganze Zeit auf einmal abzieht, so daß dann die betreffenden Erwerbslosen wenig oder gar keine Unterstützung bekommen. — Herr Ludwig! Wenn Sie unfähig sind, Ihr Amt zu versehen, dann überlassen Sie es doch jüngeren, fähigen Menschen, von denen genug ohne Anstellung sind. — Die Kollegen, welche Alimentengelder zu bezahlen haben, verlangen, daß diese Gelder jede Woche abgezogen werden.

Rittmeister Engels (Leiter des Arbeitsamts)

Herr Engels hat einmal mehreren Kollegen erklärt, er kenne das soziale Elend, er sei früher selbst Arbeiter gewesen. Das Gegenteil hat er schon öfters bewiesen. Als am Sonnabend, dem 9. März, mehrere Kollegen mit einer Beschwerde bei ihm waren, erklärte er: „Ich habe keine Zeit, ich habe Sitzung!" Trotzdem die Sache höchstens fünf Minuten gedauert hätte. Er drohte den Kollegen, welche sich nicht so leicht abfertigen ließen, sogar, sie zu verklagen.

Auch unsere Genossen, die jeden Freitag Zeitungen verkaufen, sind diesem Herrn ein Dorn im Auge. Am letzten Sonnabend (16. März) standen einige Kollegen im Hofe des Arbeitsamts. Gleich war der Vorsitzende des Arbeitsamts in höchsteigener Person da, um diese bösen Kommunisten hinauszuwerfen. Unter anderem erklärte er wörtlich: „Machen Sie, daß Sie rauskommen oder ich verklage Sie wegen Hausfriedensbruch, so wahr ich Engels heiße!" Herr Engels, ist das Ihr soziales Verständnis? Denken Sie ja nicht, daß die Erwerbslosen Ihre Rekruten sind! Sie haben doch schon einmal geäußert, Sie wollten Ihr Amt niederlegen. Wir raten Ihnen, tun Sie das, vielleicht stellt Sie die Reichswehr wieder als Rittmeister ein. Dort können Sie sich austoben.

Herr Dr. Rehmet (zweiter Vorsitzender des Arbeitsamts)

Mancher Erwerbslose kann von diesem „gebildeten" Herrn eine Geschichte über die Behandlung den Erwerbslosen gegenüber erzählen. Dieser Herr will mit dem Erwerbslosenausschuß überhaupt nichts zu tun haben. Er erklärte, die Erwerbslosen sollten sich von den eingesetzten Vertretern (nämlich den bezahlten Gewerkschaftsbonzen) vertreten lassen. Diese Art „Vertretung" kennen wir zur Genüge. Am letzten Freitag bei der Auszahlung war dieses Herrchen zugegen. Wahrscheinlich sollten sich die Erwerbslosen an seiner gut genährten Persönlichkeit satt sehen. Zu einem Kollegen, der die Mütze auf dem Kopfe behielt, sprach er: „Nehmen Sie doch die Mütze ab, wir leben doch im Deutschen Reiche." (Er meint wohl in der „glorreichen" Republik.) Dem Präsidenten des Landesarbeitsamts werden diese Zustände bestimmt noch nicht bekannt sein.

Erwerbslose! Euch fordern wir auf: Unterstützt die Kollegen vom Erwerbslosenausschuß in ihrer schwierigen Arbeit!

Oppeln

Kommunistische Anträge für Hilfsbedürftige und städtische Mieter

Dringlichkeitsantrag

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion stellt den Antrag, den Erwerbslosen, Ausgesteuerten, Armen, Sozial- und Kleinrentnern, so wie die Stadtverordnetenversammlungen in Ratibor und Gleiwitz in den letzten Tagen beschlossen haben, eine besondere Wirtschaftsbeihilfe noch vor Ostern zur Auszahlung zu bringen.

Interpellation

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion ersucht den Magistrat um Auskunft, aus welchem Grunde die Mieten in den der Stadt gehörenden Häusern in letzter Zeit ständig erhöht wurden.

Wie man mit uns Arbeitslosen verfährt

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Chroszglitz. Nachdem wir vor einigen Tagen in der „Arbeiter-Zeitung" über die Unterschlagung der Erwerbslosenunterstützungsgelder geschrieben haben, tauchen andere Beschwerden auf. So gibt es Arbeitslose, die sechs Wochen und noch darüber hinaus auf die erste Unterstützung warten müssen. Daß die davon Betroffenen dem Hunger ausgesetzt sind, dürfte wohl auch den Herren im Arbeitsamt bald einleuchten. Auf Befragen, warum die Auszahlung der ersten Unterstützung so lange auf sich warten läßt, wurde erklärt, daß im Arbeitsamt Oppeln so viel zu tun sei. Wenn diese Begründung stimmen sollte, so wäre es an der Zeit, daß brotlose Angestellte sofort eingestellt werden, damit die Kollegen viel früher in den „Genuß" der Unterstützung gelangen.

Unser Herr Pfarrer hat in seinem Haushalt zwei Wirtschafterinnen, wobei die eine Person durch das Wohlfahrtsamt unterstützt wird und die Gemeinde die Unterstützung aufbringen muß. Der Pfarrer hat „nur" eine Wirtschaft von 100 Morgen Land und kann deshalb nur eine Wirtschafterin bezahlen. Es wird Zeit, daß die Unterstützung gesperrt wird, da es doch christliche Pflicht des Dieners Gottes wäre, seine Angestellten selbst zu bezahlen.

Am 15. März holte man sämtliche Bewohner zur Beseitigung der Schneemassen. Ungefähr zweihundert Personen beteiligten sich an dieser Arbeit. Vor allem waren es erwerbslose Personen. Die Aufseher fehlten auch hier nicht. Nach unserer Meinung waren sie wirklich nicht notwendig, da es ja eine Arbeit zur Beseitigung der Ueberschwemmungsgefahr war.

Die werktätige Bevölkerung ersieht hieraus, daß überall die Proleten Schikanen ausgesetzt sind. Kämpft gegen diese Mißstände und fordert die Beseitigung.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Oppeln. Zelle Stadt. Freitag, den 22. März, um 19,30 Uhr im bekannten Lokal Zellenversammlung. Stellungnahme und Wahlen zum Bezirksparteitag.

Oppeln. Roter Frontkämpferbund. Sonnabend, den 23. März, um 19,30 Uhr im alten Schützenhaus Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Sonntag, den 24. März von 1½–6 Uhr geöffnet!

Damen-Konfektion

Trikot-Charmeuse-Bluse flott gearbeitet, hübsche Farben 7.90

Kleid aus gutem Veloutine, neuartige Kragen- und Manschetten-Garnitur, fesche jugendliche Form 39.00

Kleid aus gut. Wollgeorgette, mit Hand-auszug, moderner Faltenrock 49.00

Mantel engl. Art, ganz auf Crêpe de Chine gefüttert, moderne jugendliche Form .. 33.00

Mantel englischer Art, ganz auf kunstseidenem Duchesse gefüttert, gute Verarbeitung, tadelloser Sitz 59.00

Wäsche/Korsetts

Complet Kunstseide, in groß. Farbensortiment ... 8.95, 6.75 — 4.95

Hemdhose Kunstseide, aparte Spitzengarnitur ... 6.95, 4.95 — 3.75

Unterkleid Kunstseide, in vielen mod. Farben . 5.75, 3.95 — 2.95

Damen-Hemd aus gutem Wäschestoff .... 3.95, 2.50 — 1.45

Strumpfhaltergürtel mit 2 Paar Haltern, gute Qualität 1.95, 1.25 — 0.95

Sportgürtel mit und ohne Schnürung, neue Formen 4.25, 2.95 — 1.95

Hüftgürtel aus gutem Stoff, gutsitzende Form 5.25, 3.25 — 1.95

Büstenhalter aus solidem Wäschestoff .... 1.95, 1.35 — 0.75

Strümpfe/Wollwaren

Handschuhe f. Damen Glacéleder, mit Fantasie-Stulpe .... 6.75, 5.90 — 4.75

Handschuhe f. Damen mit Led., m. Fantasie-Stulp, oder 2 Druckknöpfen 2.75 — 2.25

Strümpfe für Damen Waschkunstseide, feinfädig, mod. Farbtön. 2.95, 2.45 — 1.95

Strümpfe für Damen Bemberg-Waschkunstseide „Goldstempel", hochwert. Qualität ... 4.50, 3.95 — 2.95

Einsatzhemden für Herren, aus gelbem oder weiß. Rumpftrikot, moderne Einsätze, Gr. 4, 2.95, 2.25 — 1.65

Schlüpfer für Damen in reicher Farbenauswahl Größe 42–46 .... 1.95 — 1.25

Strick-Kleider f. Damen, Wolle plattiert u. rein. Wolle 19.75, 14.50 — 12.75

Pullover für Damen, ohne Ärmel, Kunstseid.-platt., rein. Wolle 7.90, 5.90, 4.95, 4.50 — 2.90

Kinder-Konfektion

Mädchen-Mäntel imprägniert, moderne aparte Karos, gute Verarbeitung, Größe 45-90 (Steigerung 75 Pf.) ..... Größe 45 — 5.90

Schulkleid gezwirnt Wollrips, Faltenpartie, Kragen und Gurt mit Stickerei, Größe 55–85 (Steigerung 50 Pf.) ..... Größe 55 — 6.75

Einknöpfanzug aus marine Melton, gute Verarbeitung, Größe 0–3 (Steigerung 50 Pf.) ..... Größe 0 — 6.95

Kieler Pyjack aus marine Melton, ganz auf Serge gefüttert, Größe 00–5 (Steigerung 50 Pf.) ..... Größe 00 — 5.95

Modewaren

Bindekragen doppelter Crêpe de Chine, in modernen Farben 1.90

Kleider-Weste z. T. Crêpe de Chine, z. T. Kunstseidenrips, m. Fältchen garniert 1.95

Schals Crêpe de Chine, hübsche Farben und Muster, breit 3.75, schmal 1.95

Kostüm-Schals a. prima Kunstseidentrikot, schöne Farben u. Muster . 1.45

Gardinen / Decken

Bagdad-Garnituren 3teilig, neueste Musterung, echtfarbig . 15.25, 10.75 — 6.75

Künstler-Garnitur. 3teilig, prachtvolle, weiche Qualitäten . 19.75, 12.75 — 8.75

Halbstores Etamine, m. schwer. 2farb. gestoppt. hoh. Filetfuß 32.–, 17.90 — 13.50

Madras-Garnitur. 3tlg., dunkelgrund., breite Flügel .. 27.75, 19.50 — 13.90

Dekorationen Kunstseide und Flammrips, neuzeitl. Mod. 25.50, 21.50 — 15.90

Divandecken gute schwere Gobelin-Qual., ries. Sort. 42.75, 26.75 — 17.90

Damen-Hüte

Jugendliche Schute aus Hanfgeflecht .. 6.90

Fantasie-Bortenhut bunt, m. flottem Aufschlag .. 4.90

Hanfbortenhut mit bunten Effekten .. 8.90

Frauenhut eleg. Form, aus echtem Hanfstoff .. 13.75

Kleider- und Seidenstoffe

Jacquard-Travers in aparten Farbstellungen, Meter ..... 2.25 — 1.95

Woll-Crêpe de Chine d. moderne weichfließende Gewebe, in großem Farbensortiment . Mtr. 4.75, 3.50 — 2.95

Mantelstoffe englisch gemust., ca. 140 cm breit, neue Frühjahrsmelang. Meter ..... 6.90, 5.90 — 3.95

Woll-Georgette das mod. Gewebe f. d. Nachmittagskleid, neue Frühjahrsfarben . Mtr. 10.90, 8.50 — 5.90

Tailor-made ca. 140 cm breit, in mod. Ausmusterung . Mtr. 8.50 — 6.90

Crêpe Satin reine Seide, ca. 100 cm breit schwere Qual., in großem Sortim., Mtr. 11.90, 9.80 — 8.95

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H. Gartenstr. 67 (Capitol)

LINDEMANN & AG

BRESLAU · OHLAUER STRASSE 71–73

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 16. 3. bis Sonnabend, den 23. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?
Komödie von W. Somerset Maugham

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 16. 3. bis Sonnabend, den 23. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Dreimal Hochzeit
Ein Neuyorker Schwank von Anna Nichols

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 15
Der fliegende Holländer
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 15
Der Postillon von Lonjumeau
Hierauf: **Balletsuite** von Reger
Sonnabend, 20 Uhr
Die schöne Helena
Sonntag, 11.30 Uhr
Vormittags-Veranstaltung zu ermäßigten Preisen (Gr. 1)
Gastspiel der Bauhaus-Bühne, Dessau
Tanz — Pantomime — Sketsch

Schauspielhaus
Operettenbühne Breslau
Telephon Nr. 36300
Montag bis Freitag 20 Uhr
Zu volkstüml. Preis.
Gastspiel
EDITH KARIN
Eine Nacht in Kairo
Sonnabend, 20 Uhr
Gastspiel
KLARA KARY
vom „Theater am Nollendorfplatz" Berlin
Zum ersten Male!
Jettchen Gebert
Musik v. Walt. Kollo

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Böhmische Bettfedern
Inlets / Bettwäsche
Ausnahmetage mit 5% Rabatt
nur noch bis Sonnabend
Bettfedernhaus Liebich
Neue Taschenstr. 1 b
(Schrägüber d. Viktoriatheater)

Leihweise elegante Frack- u. Gehrock-Anzüge
Herm. Mohaupt
nur Karlstraße 11, Ecke Schweidnitzerstr.
Telefon 570 82

Am Montag, dem 18. d. M. starb plötzlich unser treuer Vereinsgenosse
Walter Hellmann
an den Folgen eines Betriebsunfalles, im Alter von 22 Jahren.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Arbeiter-Sport-Verein „Freiheit".

Freitag

Blutfrisch:

Seelachs	Pfd. nur	32 ₰
Kabeljau	„ „	36 ₰
Goldbarsch	„ „	40 ₰
Koteletts	„ „	70 ₰

Grüne **Heringe** Pfd. nur 19 ₰

Zum Abendbrot jetzt besonders zu empfehlen:

Hering in Gelee	¼ Pfd.	15 ₰
Seeaal in Gelee	¼ „	30 ₰
Bratheringe, 1-Ltr.-D. nur		88 ₰

kochfertig im Geschmack

Rollmops, Bismarckheringe, Hering in Gelee, Sardinen } 98 ₰

Nordsee
Breslauer Fischhallen
Behrauer Str. 2 — Schmiedebrücke 19 u. 59
Neue Schweidnitzer Straße 18
Anderssenstraße 2 — Gräbschener Str. 6

Prima Mehle zur **Oster-Bäckerei**

Mehl ist **teurer** geworden, wir verkaufen noch **zu alten Preisen**

Wiener Mundmehl	21 ₰
Kaiser-Auszugmehl glatt	20 ₰

Prima Mehle
in 5-Pfund-Säckchen:

„Diamant" 5-Pfund-Säckchen	1.50
„Ober-Gräditz" 5-Pfund-Säckchen	1.50
„Brillant" 5-Pfund-Beutel	1.35
„Kronen" 5-Pfund-Beutel	1.30

Außerdem alle Backzutaten:
Sultaninen, Mandeln, Zitronat, Backpulver, Pulverzucker usw.
Ferner empfehlen wir:
Prima Kaliforn. Ringäpfel 1 Pfund nur 88 ₰

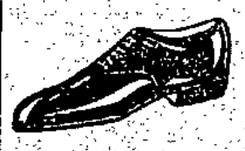
nur in den **Mühlenniederlagen**
der Waren-Vertr.- u. Emk.-GmbH.
Bismarckstraße 37 Lohestraße 57
Friedrichstraße 15 Matthiasstr. 113
Gräbschenerstr. 91 Schönfelderst. 50
Lehmgrubenst. 77 Tauentzienst. 198
Westendstraße 53/55
Versandabtlg.: Tel. 397 97

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

WEINE

von
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 — Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 — Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 — Michaelisstr. 3
sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem In- und Auslande in **ganzen Waggons** bezogen und sofort bezahlt werden.

Rotwein	Flasche	1.10
Südwein rot oder gelb	„	1.20
Cyder süß	„	0.65
Johannisbeerwein süß	Fl.	0.85
Wermutwein süß	„	1.35



Schuhwaren
kaufen Sie gut und preiswert bei
H. Gruhn
Schweidnitz
Markt 22

Lederhandlung
Simon Sachs
Hirschberg i. Riesengebg.
Täglich frischer Leder-Ausschnitt

Dauerwäsche „Zelida"
empfiehlt
M. Hewig
Herrenartikel-Geschäft
Schweidnitz, Innerer Ring

Inserate in unserer Zeitung haben größten Erfolg